

Aalener Jahrbuch

2006-08

Themenschwerpunkt:
Aalen in der Zeit
des Nationalsozialismus
1934 – 1939

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

Schulkampf in Aalen und Wasseralfingen

Die Einführung der „Deutschen Volksschule“ 1936

Zur Entwicklung des Volksschulwesens in Aalen

Seit sich im Jahre 1575 die Reichsstadt Aalen dem evangelischen Bekenntnis angeschlossen hatte, wurde die Reformation mit allen Konsequenzen im Sinne der „Großen Kirchenordnung“ Württembergs vom Jahre 1559 durchgeführt. Dies betraf auch das städtische Schulwesen, das seit dieser Zeit als evangelische Schule, also als Bekenntnisschule, geführt wurde. Zwar gab es auch in vorreformatorischer Zeit bereits eine Lateinschule, aber nach Einführung des neuen Bekenntnisses dürfte für den Unterricht des Volkes im Allgemeinen mehr geschehen sein.

„Schon 1628 ist von dem Schulmeister und seinem (verheirateten) Provisor die Rede. Allmählich fingen die Leute an, auch Mädchen in die Schule zu schicken und wenn auch der Provisor zunächst bestimmt war, die Schwächeren zu besorgen und Nachhilfe zu leisten, so war doch ausdrücklich bestimmt, daß Jedermann seine Kinder, Buben und Mädchen, schicken könne, wohin er wolle.“¹ 1696 gab sich die Stadt eine Schulordnung, die 1740 revidiert wurde. Ihr ist zu entnehmen, dass neben der Lateinschule auch eine „deutsche“ Schule, also eine Volksschule, Unterricht für Knaben und Mädchen erteilte.

Die regelmäßige Visitation der Schule oblag den Geistlichen, eine jährliche Hauptvisitation erfolgte durch den reichsstädtischen Magistrat. Katechismus, Spruchbuch und Bußpsalmen gehörten zum Lernstoff. Die Knaben mussten in der Kirche singen.

Konfessionelle Veränderungen

Ein Zuzug von Katholiken mit Erwerb des Bürgerrechts war zu jener Zeit nach der reichsstädtischen Rechtsordnung nicht erlaubt. Erst 1802 ergaben sich mit Durchführung der Mediatisierung grundlegende Änderungen. Die Reichsstadt Aalen verlor ihre politische Selbständigkeit und hatte als württembergische Oberamtsstadt die gesetzlichen Regelungen der Landesregierung bezüglich religiöser Toleranz und Niederlassungsfreiheit von Katholiken umzusetzen.

Durch eine königliche Verordnung vom 12. September 1818 wurde die Einpfarrung der, wie es damals hieß, „zur Ortsreligion sich nicht bekennenden christlichen Einwohner“ und die Einführung der „Filial-Kirchen-Gemeinde“ geregelt.² Für die Stadt Aalen galt nach wie vor die evangelische „Ortsreligion“. Die in der Zwischenzeit in Aalen zugezogenen sowie die in Unterrombach-Hofherrnweiler wohnenden Katholiken wurden „Filialisten“ der katholischen Pfarrei Unterkochen.

Die „Filialisten“-Zuweisung nach Unterkochen bedeutete natürlich für die

Bis 1868 waren die Katholiken der Stabs-gemeinde Unterrombach „Filialisten“ von St. Maria in Unterkochen.





Die 1868 geweihte katholische Kirche St. Maria vom Galgenberg aus gesehen, um 1890.

Katholiken Aalens und seiner Umgebung weite, zeitaufwendige Wege zum Besuch der Gottesdienste, bei Taufen, Hochzeiten, Todesfällen und bei allen anderen Vollzügen des religiösen Lebens. Der ständig wachsende Anstieg der Zahl der Katholiken in Aalen Bevölkerung im Zusammenhang mit Industrialisierung und Verkehrserschließung veranlasste den Unterkochener Pfarrer Kollmann zum Ansuchen beim bischöflichen Ordinariat in Rottenburg um die Einrichtung einer katholischen Seelsorgestelle in Aalen. Die Genehmigung erfolgte 1862. Ein Geistlicher aus Unterkochen sollte in einem zu mietenden Raum Gottesdienste halten. Aber ein geeigneter Raum war nicht ausfindig zu machen. Das führte zum Entschluss, in Aalen eine katholische Kirche zu bauen. Die Besorgung der dazu notwendigen Geldmittel verlangte außerordentlichen Einsatz. Nach 19-monatiger Bauzeit konnte Bischof von Lipp am 1. Oktober 1868 die neue Marienkirche weihen. Unter Loslösung von der seitherigen Pfarrei Unterkochen wurde die katholische Gemeinde Aalen mit Hofherrnweiler und Unterrombach im Dezember 1872 zu einer eigenen Stadtpfarrei erhoben.

Vitus Bauer, Rektor der katholischen Volksschule in Aalen seit 1929.



Für den neuen und sehr engagierten Stadtpfarrer Löffler war es ein großes Anliegen, für die Kinder seiner Diasporapfarrei die Errichtung einer eigenen katholischen Schule zu erwirken. Diese wurde am 1. Mai 1880 mit zunächst zwei Lehrern eröffnet. Diese hatten „die 170 Köpfe starke Kinder-schar“³ zu unterrichten. Die Höchstschülerzahl pro Klasse betrug bis zum Jahre 1909 noch 90 Kinder. An der evangelischen Volksschule waren zur gleichen Zeit 12 Lehrstellen⁴ eingerichtet. Im Jahre 1880 hatte die Stadt Aalen 6659 Einwohner⁵ davon waren 1425⁶ Katholiken.

Durch den mächtigen Aufschwung des Handels und des Verkehrs, des Gewerbes und der Industrie in den folgenden Jahren und Jahrzehnten steigerte sich der Zuwachs der Katholiken in Aalen ganz rapide. In gleicher Weise nahm die Zahl der schulpflichtigen Kinder zu. Dies führte zu einem raschen Anwachsen der katholischen Schülerzahl. Als die Schule am 1. Mai 1930 ihr 50-jähriges Jubiläum feiern konnte, war diese auf rund 900 Kinder angestiegen. Den Unterricht erteilten 19 Lehrkräfte, dazu noch die Religionslehrer, eine „Industrielehrerin“ und 2 Fachlehrerinnen.

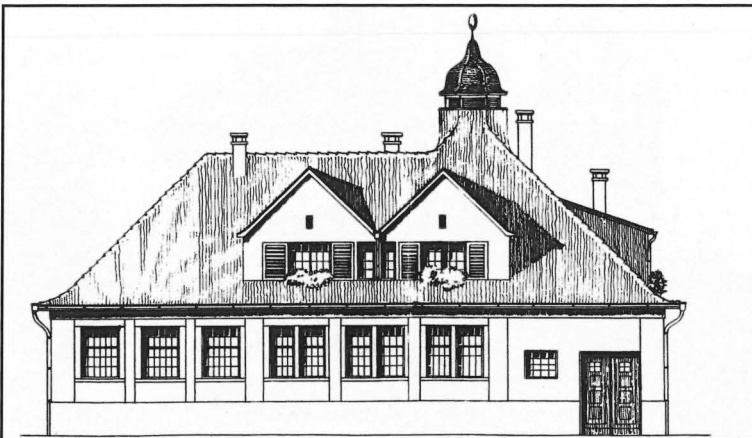
Friedliches Nebeneinander

Der Unterricht wurde in den drei städtischen Schulgebäuden Ritter-, Garten- und Bohlschule erteilt. Diese enthielten jeweils gleich viele Schulklokale und wurden auf die beiden Konfessionen annähernd gleich verteilt. Jede der beiden Konfessionsschulen verfügte in den 3 Schulgebäuden zu dieser Zeit über ihren eigenen Bereich und wurde von einem eigenen Rektor geleitet.⁷

Im „Festblatt der Aalener Volkszeitung“ vom 1. Mai 1930 zum Jubiläum „50 Jahre Katholische Volksschule Aalen“ machte der Autor, Oberlehrer Josef Fischer, erwähnenswerte Aussagen zum Verhältnis der beiden Konfessionen in Aalen.

Mit Bezug auf die Zeit vor Kirchenbau, Errichtung der katholischen Pfarrei und Einrichtung einer katholischen Schule, stellte er fest, „dass das Verhältnis, wie von glaubwürdigen Männern aus dieser Zeit versichert werden kann, zwischen Katholiken und Protestanten ein harmonisches, ein friedliches war und die bestehenden Verhältnisse als etwas Selbstverständliches hingenommen wurden. Auch nach der Trennung bestand dieses schöne Verhältnis ungetrübt weiter fort und ist erfreulicherweise heute noch sowohl unter den beiden Schulverbänden als auch unter der gesamten Bürgerschaft ein rühmlich-einträchtliches, was beiden Teilen zur Ehre gereicht und nicht unerwähnt bleiben darf.“⁸

Das neue Königreich Württemberg hatte 1836 durch das Volksschulgesetz eine einheitliche Regelung des Volksschulwesens geschaffen. Jedes Kind war vom 6. bis zum 14. Lebensjahr schulpflichtig; jeder Ort mit 30 oder mehr Familien hatte eine Schule zu unterhalten. So besaß die Gemeinde Unterrombach 1854 zwei Schulhäuser. „Schulen bestehen, eine evangeli-



Das 1911 errichtete Schulgebäude der Gemeinde Unterrombach in der Sandbergstraße wurde 1927 baulich verändert.

Von den 15 Sälen der 1906 eingeweihten Bohlschule standen 7 für die katholischen und 5 für die evangelischen Schüler zur Verfügung.



sche in Unterrombach mit 2 Lehrern und eine in Armenweiler für die Katholiken der Unterkochener Parochie.⁴⁹ Das katholische Schulhaus wurde 1843 erbaut. Unterrombach, zur Reichsstadtzeit Aalen zugehörig, war 1813 aus einem Zusammenschluss mehrerer Weiler und Wohnplätze zu einer „eigenständigen Schultheißerei“ mit 1490 Einwohnern entstanden. Erst durch das Volksschulgesetz von 1909 wurde die seitherige geistliche Schulaufsicht durch hauptamtliche und fachmännische staatliche Bezirksschulämter ersetzt. Die Aalener Schulen wurden dem „Bezirksschulamt



Das Gebäude der „Knabenschule“ in der Gartenstraße (heute Reichsstädter Markt) wurde 1880 fertiggestellt und bot Platz für 8 Schulklassen.

Gmünd“ zugewiesen, blieben aber nach wie vor konfessionell getrennt.¹⁰ Die Höchstschülerzahl pro Klasse wurde von 90 Kindern auf 60 herabgesetzt. „Im Jahre 1915 besuchten annähernd 92 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter eine Volksschule.“¹¹

Die Ausbildung der Volksschullehrer erfolgte in den konfessionell geprägten Lehrerbildungsanstalten. Bereits 1811 waren das erste evangelische Seminar in Esslingen, 1825 das erste katholische Seminar in Schwäbisch Gmünd errichtet worden. Weitere Seminare folgten; sie waren Einrichtungen des Staates. Zunächst blieb der Lehrerberuf nur Männern vorbehalten. Erst im Jahre 1860 wurde in Schwäbisch Gmünd das erste katholische Lehrerinnenseminar als halbstaatliche Einrichtung eröffnet. Um 1900 wurde dieses Seminar voll vom Staat übernommen.¹²

Beide Gmünder Einrichtungen wurden sehr früh nach der NS-Machtergreifung Opfer von Zwangsmaßnahmen. Das Katholische Schullehrerseminar wurde bereits am 9. Februar 1934 aufgehoben. Die letzten Seminaristen wurden nach Rottweil verlagert, bevor auch die dortige Lehrerbildungsstätte vom NS-Regime geschlossen wurde.¹³ Am Gmünder katholischen Lehrerinnenseminar konnte der letzte Kurs 1936 vor der endgültigen Schließung dieser Einrichtung seine Prüfungen ablegen.¹⁴ Für Simultanschulen brauchte man keine konfessionell gebundenen Lehrkräfte. Die Konfessionelle Lehrerbildung wurde im „Dritten Reich“ durch die Gründung der Lehrer-Hochschule in Esslingen ersetzt.



Das 1860/61 erbaute Gebäude in der Schulstraße war zwanzig Jahre lang die einzige Volksschule in Aalen. Nach dem Bau der „Knabenschule“ in der Gartenstraße wurden hier ab 1880 vor allem die Schülerinnen unterrichtet. Zur besseren Unterscheidung der beiden Schulhäuser wählte man für das ältere Haus den Namen „Ritterschule“, in Anlehnung an das ehemalige Gasthaus „Zum Ritter“ in der Nachbarschaft.

Auf dem Weg zum „Schulkampf“

Dem Nationalsozialismus war mit der „Machtergreifung“ vom 30. Januar 1933 der Aufstieg zur Regierungsmacht in Deutschland gelungen. Von da an galten alle politischen Bestrebungen der NSDAP der Etablierung eines NS-Totalitarismus in sämtlichen Lebensbereichen. Der Trend zur Gleichschaltung ging einher mit dem Ziel der Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens, gleichbedeutend mit allen Anstrengungen zur Zurückdrängung der Kirchen. Dass dies zum Kampf gegen den kirchlichen Einfluss im Schulbereich führen musste, war absehbar. Wie ein Programm klingt dazu Hitlers Wort, dass das Dritte Reich „seine Jugend niemandem geben, sondern sie selbst in seine Erziehung und in seine Bildung nehmen“ werde.¹⁵ Dieser Absicht des „Führers“ standen allerdings zunächst Fakten gegenüber, die ihren Ursprung in der geschichtlichen Entwicklung des Schulwesens hatten. Nach Jahrhunderte langer Tradition war die Kirche Träger der Erziehung und Bildung der Jugend gewesen. Infolge der eigenen Kulturhoheit galten nach dem 1. Weltkrieg in den deutschen Ländern unterschiedliche Schulgesetze. Im Land Württemberg war immer noch das Schulgesetz vom 17. August 1909 in Geltung, nach dem den Angehörigen des Minderheitsbekenntnisses in gemischtkonfessionellen Schulorten eigene Volksschulen zustanden.

Wenn sich auch Liberale, Sozialdemokraten und Lehrerverbände in der Zeit der Weimarer Republik heftig für die Einführung der Simultanschule in Württemberg einsetzten, so wehrte sich vor allem die katholische Kirche mit Hilfe der Zentrumsabgeordneten gegen diese Versuche, die Bekenntnisschulen abzuschaffen. Beide Landesschulgesetze von 1921 und 1929 sicherten die Bekenntnisschule als gängigen Schultyp in Württemberg wie auch den Religionsunterricht als Unterrichtsfach gegen den Widerspruch der SPD.¹⁶

Verordnung des Kultministeriums über den evangelischen Religionsunterricht.

Vom 3. Januar 1929. Nr. 7.

Auf Grund einer zwischen der Evang. Landeskirche und dem Landesverband der Evangelischen Gemeinschaft in Württemberg abgeschlossenen Vereinbarung hat sich der Evang. Oberkirchenrat für die ganze Dauer dieser Vereinbarung allgemein damit einverstanden erklärt, daß Schüler, die der Evang. Gemeinschaft angehören, am evangelischen Religionsunterricht der Schule teilnehmen, gleichgültig, ob dieser Unterricht vom Lehrer oder vom Geistlichen erteilt wird.

Solche Schüler können demnach in Zukunft ohne besondere Genehmigung zum evangelischen Religionsunterricht zugelassen werden (vergl. § 3 Abs. 1 der Verfügung vom 5. März 1921, A.Bf. S. 19 und § 2 Abs. 1 der Verfügung vom 1. April 1922, A.Bf. S. 39).

Auszug aus dem Amtsblatt
des Württembergischen
Kultusministeriums, 1929.

Trägerischer Friede

Das Reichskonkordat, das im Juli 1933 zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan abgeschlossen wurde, „verbriefte die Unabhängigkeit der katholischen Kirche von der staatlichen Gewalt und garantierte Freiheiten, die dem Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus diametral entgegenstanden.“¹⁷ Das Abkommen sah im Hinblick auf die Schulen vor¹⁸:

Art. 23, Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen lässt.

Art. 24, An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.

Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten. Der kirchenpolitische Friede, den das Konkordat zu begründen schien, ist jedoch bald gebrochen worden.

„Deutsche Erziehung“ hat Vorrang

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte in Württemberg für die Nationalsozialisten den Gewinn von 42 % aller Stimmen. Bei der Regierungsbildung erhielt Christian Mergenthaler das Amt des Kultministers. Ab Mai 1933 bis zum Kriegsende 1945 war er zudem Ministerpräsident. Mit Mergenthaler war erstmals ein studierter Lehrer Kultminister geworden.¹⁹ Seine Haltung zur Bekenntnisschule zeigte seine Äußerung auf dem ersten schwäbischen Erzieherkongress des NS-Lehrerbundes in Stuttgart im Oktober 1933: „Es gibt keine konfessionelle Erziehung, sondern nur eine deutsche Erziehung. Diesem Grundsatz muß Geltung verschafft werden.“²⁰

In seiner Rede am 13. Oktober 1935 wurde Mergenthaler noch deutlicher: „Wir wenden uns aber mit aller Schärfe und Entschlossenheit gegen ein Bestehenbleiben der Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens. [...] Es muß alles heraus, was die Einheit des Volkes irgendwie stören oder schädigen oder hemmen kann. [...] Wir haben es nie verstanden, warum beim ers-



*Ministerpräsident und
Kultminister Christian
Mergenthaler.*

ten Schritt ins öffentliche Leben, das deutsche Kind auf der einen Seite eine katholische und auf der anderen Seite eine evangelische Bibel bekommt. Nein, es ist von unserem Standpunkt aus gesehen verhängnisvoll, wenn der erste Schritt des Kindes ins öffentliche Leben des Staates unter konfessionellem Zwiespalt erfolgt. Auch auf diesem Gebiet müssen wir Schritt für Schritt hart und entschlossen, kompromisslos, klug in der Taktik vorwärts gehen. Wir haben in Württemberg ein Volksschulgesetz, das einzig und allein die starre konfessionelle Volksschule zulässt. Wir sind schlimmer daran, als irgend ein anderes Land in Deutschland. Das darf nicht so bleiben und ich bin entschlossen, hier Wandel zu schaffen.“²¹ Bei dieser Rede nannte Mergenthaler die Erziehungsfaktoren: Eltern, Staat (der NS-Staat) und HJ (Hitlerjugend). Die Kirchen als Erziehungsfaktoren erwähnte er nicht. „Die Grundrichtung der Erziehung bestimmt jedoch einzig und allein der Nationalsozialismus.“²²

Neue Lehrerbildung

Eine der ersten Maßnahmen, den kirchlichen Einfluss im Bereich der Schulpolitik zurückzudrängen, bestand in der Aufhebung des Evangelischen und des Katholischen Oberschulrats am 1. April 1934, wie Mergenthaler es schon in der oben zitierten Landtagsrede 1926 gefordert hatte. Sie wurden in einer „Ministerialabteilung für die Volksschule“ zusammengefasst. Damit war die nach Bekenntnissen getrennte Bezirksschulaufsicht mit der Begründung der Ersparung von Doppelarbeit beseitigt.²³

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, wurden die konfessionellen Lehrerseminare aufgelöst. „Stattdessen nahm ab Frühjahr 1935 die „Hochschule für Lehrerbildung“ in Esslingen ihren Lehrbetrieb auf. Aufnahmekriterien waren „nationalsozialistische Gesinnung, charakterliche, geistige und körperliche Eignung zum Lehrberuf sowie der Besitz des Reifezeugnisses.“²⁴

*Blick auf das Esslinger
Lehrerseminar
(siehe Pfeil), um 1900.*



Strategiewechsel

Mergenthaler versuchte bereits 1935 auf dem Wege einer Gesetzesänderung die Einführung von Gemeinschaftsschulen. Der Versuch scheiterte an den vorläufigen Bedenken des Reichskirchenministeriums, am Widerspruch zum Reichskonkordat und am Widerstand des Oberkirchenrats der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.²⁵ „Die weiteren Initiativen zur Entkonfessionalisierung der Volksschulen gingen allein von Stuttgart aus. Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler versuchte dies nach dem Scheitern einer gesetzlichen Lösung auf „praktischem“ Weg, wie er es selbst formulierte, durchzusetzen.“²⁶

Der stellvertretende Gauleiter Friedrich Schmidt beschrieb den Strategiewechsel wie folgt: „Nachdem der Weg der Gesetzesänderung nicht zum Ziel geführt hatte, wurde nun praktisch gehandelt und zwar schrittweise nach ganz bestimmten Gesichtspunkten, wobei es von der Aufnahme der geplanten Maßnahme bei der Bevölkerung abhing, wie weit gegangen werden konnte.“²⁷

Zunächst wurden zahlreiche konfessionelle „Zwergschulen“ dort beseitigt, wo Katholiken in der Minderheit waren. Die Lehrer wurden mit den Schülern den größeren Gemeinschaftsschulen zugeführt. In einer nächsten Stufe begann man in überwiegend katholischen ländlichen Gebieten die Umwandlung von Konfessions- in Gemeinschaftsschulen. Es gelang, die Zustimmung der Elternschaft vor allem durch das Versprechen der Beibehaltung des konfessionell getrennten Religionsunterrichts zu gewinnen. „Denn in ganz Württemberg sollten jetzt die Eltern über die Einführung der Deutschen Volksschule, wie Mergenthaler seine neue Form der Gemeinschaftsschule nannte, abstimmen.“²⁸

Mit massiven Werbeaktionen für die Gemeinschaftsschule, mit „Aktionen an der Basis“, mit der Diffamierung des seitherigen Schultyps, aber auch mit Druckausübung auf Eltern, Lehrer und Geistliche, sollten die Stimmen für die Deutsche Schule gewonnen werden.²⁹

Ein weiterer Weg zur Umwandlung von Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen ging über die Beantragung der Genehmigung durch Bürgermeister und Gemeinderäte. Diese Gemeinderäte wurden während der Zeit des Dritten Reiches nicht vom Volk gewählt, sondern von der einzig zugelassenen Partei, der NSDAP im Benehmen mit Bürgermeister und Kreisleitung berufen. Sie bildeten kein beschlussfähiges Organ, sondern hatten nur den Bürgermeister als alleinigen Verantwortlichen zu beraten. – Dieses Procedere wurde z. B. in der der Stadt Aalen benachbarten Marktgemeinde Wasseralfingen angewandt, wie es später ausführlich dargestellt wird. In Wasseralfingen hatte man wohl schon im Voraus mit Widerstand seitens der katholischen Mehrheit der Bevölkerung gerechnet.



*Stellvertretender Gauleiter
für Württemberg
Friedrich Schmidt.*



*Evangelischer
Landesbischof
D. Theophil Wurm.*

Die Haltung der Kirchen

Gegen die in Angriff genommene Entkonfessionalisierung des Schulwesens formierte sich der Widerstand der Kirchen, unterstützt von kirchlich orientierten Eltern und teilweise auch Lehrern. „Die evangelische Landeskirche, namentlich Landesbischof Theophil Wurm, war anfangs gewillt, gegen die Abschaffung der Bekenntnisschulen zu kämpfen. Die Erhaltung der Konfessionsschulen und damit die Sicherung des Religionsunterrichts sollte das Ziel sein.“³⁰ Schulreferenten und Oberkirchenrat fürchteten, dass die neue Form der Gemeinschaftsschule letztlich in „das Endziel einer deutschgläubigen Konfessionsschule“³¹ münden werde. In einem Schreiben an die Pfarrämter weist der Oberkirchenrat auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der Konfessionsschulen hin und fordert auf, „jedem Versuch in dieser Richtung aus kirchlichen und rechtlichen Gründen entgegen[zutreten] und gegebenenfalls an den Oberkirchenrat alsbald [zu] berichten.“³² Mergenthaler warf Wurm deshalb „Sabotagearbeit am Nationalsozialismus“ vor und forderte vom Reichskirchenminister Kerrl Wurms Entmachtung.³³ Auf der 4. Reichsbekenntnissynode im Februar 1936 in Bad Oeynhausen wurden vier Aufrufe verfasst, die sich gegenüber der Staatsregierung, den Geistlichen, den Gemeinden und den christlichen Lehrern deutlich für den Erhalt der Konfessionsschulen aussprachen. „Gerade wegen dieser klaren Bekenntnisse zur Beibehaltung der Konfessionsschulen ist es auf den ersten Blick überraschend, dass die Evangelische Landeskirche den angekündigten „Schulkampf“ nicht ausfocht, sondern sich bereits im April 1936 nach Besprechungen zwischen Vertretern des Kultministeriums und des Oberkirchenrats regelrecht davon zurückzog. Der Hauptgrund lag in der Garantieerklärung Mergenthalers für den Religionsunterricht, wie er sie auch bei der Eröffnungsfeier der Hans-Schemm-Schule in Stuttgart abgab. Die Befürchtung, auf dem Weg zu einer vollkommen „entchristlichten, deutschgläubigen Volksschule“ zu sein, war damit scheinbar zerschlagen. Außerdem akzeptierte die Kirchenleitung jetzt, dass der größte Teil der Lehrer sich für die Gemeinschaftsschulen einsetzte. Auch von den Geistlichen kam kein Widerspruch gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule mehr.“³⁴ In einem im April 1936 in Stuttgart mit Genehmigung des Kultministeriums verteilten Flugblatt, des vom Oberkirchenrat autorisiert war, wird „die Wahl der Schulform für die evangelischen Kinder der gewissenmäßigen Entscheidung der Eltern überlassen.“³⁵ Zwar gab es auch Kritik von Seiten der Gläubigen an dieser offiziellen Meinung der Kirchenleitung, die den Durchbruch der Gemeinschaftsschule in den evangelischen Teilen Württembergs möglich machte, aber er blieb wirkungslos. Heftiger dagegen war der Widerstand gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule von Seiten der katholi-

schen Kirche. Die prinzipielle Unvereinbarkeit des Christentums mit der totalitären Weltanschauung des Nationalsozialismus wurde dabei deutlich. Die katholische Kirchenleitung hatte dem Thema „Schule“ schon immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Am „Schulsonntag“ wurden die Gläubigen in besonderer Weise mit der Thematik befasst. Im Jahre 1932, also noch vor der NS-Machtergreifung, wurde der Schulsonntag am 1. Mai gefeiert. Der in allen Kirchen verlesene Hirtenbrief von Bischof Joannes Baptista Sproll beginnt so: „Der heutige Schulsonntag wird in allen Diözesen Deutschlands der Sorge der Kirche um die christliche Schule gewidmet. Dieser Tag gibt uns jedes Jahr Gelegenheit, die christlichen Eltern auf die hohe Bedeutung des Kindes und der Kindererziehung hinzuweisen. Im Lichte des Glaubens sind die Kinder kostbare Geschenke, die Gott der Herr den Eltern zu treuer Obhut, Pflege und Erziehung anvertraut hat.“³⁶ Der Bischof erinnert die Eltern an die Aufgaben, die sie der Schule gegenüber haben. Er spricht von der Berufung der Schule, die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Eltern zu unterstützen. Und er beschwört schließlich die Ganzheitlichkeit des Unterrichts im Geist des Christentums und der christlichen Religion. Am 30. März 1933 veröffentlicht für die Diözese Rottenburg deren Bischof eine „Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz“ in der „an alle Katholiken“ die Mahnung um den „Schutz der konfessionellen Schule“ erneuert wird.³⁷ Aus den beiden Veröffentlichungen, die keineswegs die einzigen zum Thema „Schule“ waren, ist zu erkennen, welche eminente Wichtigkeit das Schulthema für die katholische Kirche besaß, und warum der Widerstand gegen die Gemeinschaftsschule so ausgeprägt geleistet wurde. Es ging schließlich um die prinzipielle Weichenstellung für die Zukunft, ob die Jugend nach christlichen Wertvorstellungen erzogen werde und heranwache, oder im Sinne der NS-Ideologie, die den Nationalsozialismus als eine neue totale Auffassung des menschlichen Lebens in allen Bereichen des Denkens, Fühlens und Handelns betrachte.

Blick auf die Salvatorkirche mit dem 1930 errichteten Schwesternheim samt Kindergarten, gegenüber das Gebäude der Bohl-schule mit Turnhalle, um 1955.



Der Schulkampf in Aalen

Natürlich musste, wie im ganzen Land, auch in der Kreisstadt Aalen die „Deutsche Schule“ eingeführt werden. Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 hatte man in der Kocherstadt 12 703 Einwohner gezählt. Der evangelische Bevölkerungsteil mit 6 311 Personen besaß noch eine knappe Mehrheit vor den 6 201 Katholiken.³⁸ Aus diesen Zahlen lässt sich erschließen, dass die Schülerzahl in den beiden Konfessionsschulen annähernd gleich groß gewesen sein dürfte.

Über die nur schwach ausgeprägte Aufgeschlossenheit der Bevölkerung Aalens gegenüber der NS-Propaganda sagen die Ergebnisse der letzten wirklich freien Reichstagswahl im November 1932 Deutliches aus: Die Stimmenmehrheit errang das Zentrum, die politische Partei der Katholiken mit 26,1 %. Die Nationalsozialisten konnten mit 25,4 % der Stimmen auf Platz 2 gelangen, während die Sozialdemokraten mit 19,4 % Stimmengewinn auf Platz 3 landeten.³⁹

Bereits am 1. August 1935 hatte die zentrumsnahe „Ipf- und Jagstzeitung“ ihr Erscheinen eingestellt, so dass den Katholiken ihr Presseorgan fehlte. Die „Kocherzeitung“ nannte sich im Untertitel „Nationalsozialistische Tageszeitung“; sie war das Amtsblatt sämtlicher Behörden und ab sofort die einzige Tageszeitung des Kreises Aalen. Beim bevorstehenden Schulkampf sollte dieser Umstand bezüglich der Einflussnahme auf die Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen.

Bedauerlicherweise sind aber auch die noch vorhandenen Bestände der „Kocherzeitung“ in den Archiven unvollständig. Amtliche Quellen und solche der NSDAP fehlen bislang. So kann nur der Versuch unternommen werden, aus unterschiedlichen Unterlagen die Vorgänge annähernd zu rekonstruieren.

Werbemaßnahmen

Wie aus dem an späterer Stelle zitierten Brief des katholischen Stadtpfarrers Russ vom 30. April 1936 zu ersehen ist, dürfte die erste Phase der „Werbung“ für die Deutsche Volksschule bereits einige Wochen vor dem Ende des Schuljahres 1935/36 (in diesem Jahr fiel der Ostersonntag auf den 12. April) begonnen haben.

Mehrere Unterlagen, die sich in Privatbesitz erhalten haben, stützen zudem die Annahme einer Entwicklung in mehreren Phasen. Zunächst ist in diesem Zusammenhang ein nicht datierter Handzettel anzuführen, mit dessen Text die Eltern für die Anmeldung ihrer Kinder zur Deutschen Volksschule gewonnen werden sollten.⁴⁰

Aufruf

zur Anmeldung in die Deutsche Volksschule!

Es ist die Aufgabe unserer Zeit, über alle geschichtlich gewordenen Trennungen hinweg, die Einheit des deutschen Volkes zu schaffen. Das deutsche Volk hat sich am 29. März in vorbildlicher Geschlossenheit zu diesem Ziel bekannt.

Auf dem Gebiet des Schulwesens herrschte bisher in Württemberg eine scharfe Trennung nach Bekenntnissen wie in keinem anderen Lande Deutschlands. Es soll nun auch eine Schulart geschaffen werden, die Kinder ohne Unterschied des Bekenntnisses zusammenfaßt.

Darum werden jetzt in Orten mit Volksschulen beider Bekenntnisse **Deutsche Volksschulen** für Kinder derjenigen Eltern eingerichtet, die wünschen, daß das heranwachsende Geschlecht eine Schule der Volksgemeinschaft besucht. Damit wird auf dem Gebiet des Volksschulwesens eine Einrichtung geschaffen, die bei den höheren Schulen, Gewerbeschulen, Fachschulen usw. schon immer bestand, und die z. B. in unserem Nachbarland Baden seit Jahrzehnten allgemein und als einzige Schulform eingeführt ist.

Die Deutsche Volksschule gibt der religiösen Erziehung denselben Raum wie die Bekenntnisschule. Es wird dafür gesorgt werden, daß der Religionsunterricht nach Bekenntnissen getrennt im gleichen Umfang wie bisher erteilt wird, und daß die Schüler auch ihre sonstigen religiösen Verpflichtungen erfüllen können. In allen übrigen Fächern wird gemeinsam unterrichtet, da es z. B. nur eine deutsche Geschichte gibt und da in allen Fächern außer der Religion eine bekenntnismäßige Trennung nicht nur überflüssig, sondern schädlich erscheint.

Die Deutsche Volksschule soll wesentlich dazu beitragen, daß schon die Jugend das Zusammenleben mit Angehörigen anderer Bekenntnisse als selbstverständlich empfindet und darum auch später im privaten und öffentlichen Leben keine Bekenntnisstrahlen kennt. Gleichzeitig soll in dieser Schule zur Achtung vor allen religiösen Bekenntnissen erzogen werden.

Deutsche Eltern, meldet daher eure Kinder unverzüglich zur Deutschen Volksschule an!

Der Kreisleiter:
Kling, M. d. K.

Der Kreisamtsleiter im
Amt für Erzieher:
Haug.

Die Bezirksschulräte:
Henk.
Traa.

Nach den für Hitler erfolgreichen „Reichstagswahlen“ vom 29. März 1936 werben Kreisleiter Kling, die Bezirksschulräte und der Kreisamtsleiter im Amt für

Erzieher per Handzettel mit folgendem Aufruf zur Anmeldung in die Deutsche Volksschule!“

Formularvordruck für die
Anmeldung zur Deutschen
Volksschule,
Frühjahr 1936.

A n m e l d u n g
für die
D e u t s c h e V o l k s s c h u l e .

Aalen, den Mai 1936.

Jch melde mein Kind zur
Deutschen Volksschule
an, verlange aber, daß der Religionsunterricht und
die religiösen Übungen nach Bekenntnissen getrennt
weiter gehen.

.....
(Unterschrift)

.....
Wohnung und Straße

Name des Kindes

Bisherige Schule

Klasse, in der das Kind ist

Zur Beachtung: Für jedes Schulkind ist ein besonderer
Vordruck auszufüllen. Der ausgefüllte Vordruck ist
beim Leiter der bisher besuchten Schule abzugeben.
Die Erklärung ist mit Tinte zu schreiben.

Zusätzlich befindet sich in demselben Privataarchiv ein unbenütztes Anmeldeformular. Abgesehen davon, dass die Anmeldung des Kindes dieser Familie zur „Deutschen Volksschule“ nicht vollzogen wurde, lässt die Monatsangabe „Mai“ in der Datumszeile auf ein Andauern bzw. einen zweiten Teil der Werbephase schließen.⁴¹

Im selben Archiv befindet sich eine weitere Aufforderung zur Anmeldung, aus der geschlossen werden darf, dass der ersten nicht entsprochen wurde. Der drohende Unterton ist dabei nicht zu überhören.⁴² Der Text lautet: „Nachdem Sie die Gewähr haben, dass die religiöse Erziehung Ihrer Kinder auf alle Fälle gesichert ist, erwarten wir, dass Sie nunmehr deren Anmel-

derung in die Deutsche Volksschule vornehmen. Der ausgefüllte Anmeldechein ist bis spätestens 2 Uhr beim Schulleiter der Kath. Volksschule (Knabenschule, Erdgeschoß) abzugeben. Falls bis dahin die Anmeldung nicht erfolgt, werden wir Sie besuchen.“

Der als Handzettel erhaltene „Aufruf zur Anmeldung in die Deutsche Volksschule“ erschien auch am 9. Mai 1936 als Großanzeige in der Kocherzeitung.⁴³ Wie einem zwei Wochen vorher veröffentlichten Pressebericht zu entnehmen ist, hatte allerdings in dieser Zeit der Unterricht des neuen Schuljahres 1936/37 schon wieder begonnen.

Logisch und zweckmäßig wäre wohl eine Zusammenlegung der beiden Bekenntnisschulen zum Beginn des neuen Schuljahres 1936/37 am 1. April gewesen. Sollte es diese Zielsetzung ursprünglich gegeben haben, so wurde sie nicht erreicht. Laut Bericht der Kocherzeitung vom 25. April 1936 wurde zwar dem Erlass des Kultusministeriums entsprochen und „in diesem Jahr zum erstenmal die Einführung der jungen Schüler in feierlicher Weise vorgenommen“.

Neben den Eltern waren dazu auch „Vertreter von Partei und Behörden geladen“. Doch feierte „die evangelische Volksschule [...] in der geräumigen Bohlturnhalle“ getrennt von der katholischen Volksschule, die ihre Feier im Spritzenhaussaal beging. Was die konfessionell gebundenen Volksschulen in Aalen anging, war die Situation also noch die alte.

Ab wann und vor allem wie die „Werbemaßnahmen“ für die Deutsche Volksschule durchgeführt wurden, belegt das Schreiben, das der katholische Stadtpfarrer Matthias Russ am 30.4.1936⁴⁴ an das Kultministerium in Stuttgart sandte. Eine Abschrift mit einem besonderen Zusatz ging an das Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg.

Aalen, den 30. 4. 1936

In der letzten Zeit wurde auch hier die Abstimmung für die Gemeinschaftsschule durchgeführt. Da die erste Werbung trotz Ueberumpelung u. trotz des angewandten Druckes nicht den erhofften Erfolg hatte, wurde eine 2. u. 3. Werbung durch die Lehrkräfte vorgenommen. Dabei wurde der Druck aufs höchste gesteigert, die Eltern wurden oft 5 und 6 Mal aufgesucht und stundenlang bearbeitet, es wurde ihnen mit wirtschaftlichen und beruflichen Nachteilen gedroht, bis sie schliesslich halb aus Verzweiflung unterschrieben, was gegen ihre innerste Ueberzeugung war.

Dadurch wurden die Eltern in die grössten Gewissenskonflikte hineingetrieben. Unter Tränen, nicht selten in erschütternden Ausbrüchen des Schmerzes und der Enttäuschung klagten die Eltern einander und den Geistlichen das Unrecht, das ihnen widerfahren. Und die Tränen, die viele Eltern geweint, die schlaflosen Nächte, die sie

Stadtpfarrer Russ





Bischof Dr. Johannes
Baptista Sproll.

durchwacht, die bitteren Klagen, in die sie ausgebrochen, sind ebenso viele Anklagen gegen die angewandten Methoden. Von Respektierung der Gewissensfreiheit kann doch hier nicht mehr die Rede sein. Auch wird dadurch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Elternhaus und Schule gewiss nicht gefördert, sondern nur Misstrauen gesät. Da die auf solch merkwürdige Weise zustande gekommene Abstimmung durchaus keine freie Willensäußerung der großen Mehrheit der hiesigen kath. Gemeinde darstellt, so erheben wir im Namen der so schwer bedrückten Eltern Protest gegen die Abstimmung, die man nicht als rechtmäßig anerkennen kann.

Die kath. Geistlichen Aalen, Stadtpfarrer Russ

[Zusatz für das Ordinariat, d. Verf.]

„Bei der 1. Werbung hatten ungefähr nur 25-30 % der Eltern unterschrieben. Genaue Zahlen hat man nicht erfahren. Auf alle Fälle muss das Ergebnis für die Gemeinschaftsschule schlecht gewesen sein. Durch die furchtbaren Plackereien wurden es schliesslich 70% für die Gemeinschaftsschule. Manche Lehrer wollten unter allen Umständen womöglich ein 100%iges Ergebnis erzielen. Sie erklärten, ihr Kind bekomme keine Stelle, wenn es aus der Schule sei, der Vater riskiere seinen Posten u.s.w. Furchtbar! Stadtpfarrer Russ“

Die Beschreibung der erschütternden Zwangsmaßnahmen, die gegen die Eltern angewendet wurden, um deren Zustimmung für die Anmeldung ihrer Kinder zur Gemeinschaftsschule zu erpressen, erforderten mehrere Wochen und setzten wohl im März 1936 ein. Eigentlich dürfte man bei einer Abstimmung die alternative Entscheidung zwischen pro oder contra erwarten. In diesem Fall griff die NS-Regierung zu Methoden, die alle totalitären Regime anwenden, wenn sie den „Zwang zur Freiwilligkeit“ praktizieren. Für einige Wochen konnte die katholische Kirche die Gläubigen in Aalen noch darin bestärken, sich diesem zu entziehen.

Ein bischöflicher Hirtenbrief und seine Folgen

Wie bereits seit vielen Jahren wurde auch 1936 von der katholischen Kirche wenige Wochen nach dem Osterfest der „Schul- und Erziehungssonntag“ begangen, an dem ein Hirtenbrief des Diözesanbischofs zum Thema „Schule und Erziehung“⁴⁵ in allen Gottesdiensten anstatt der Predigt zu verlesen war. Weisungsgemäß erfolgte dies in Aalen wie in der gesamten Diözese am Sonntag, dem 3. Mai 1936. Zusätzlich ordnete Bischof

Joannes Baptista Sproll an, dass mit diesem Sonntag eine Erziehungswoche verbunden werden solle. Stadtpfarrer Russ legte die Vorträge auf die Tage Mittwoch bis Freitag, 6. bis 8. Mai 1936.⁴⁶ Am folgenden Sonntag, 10. Mai 1936, wurde sowohl in der Salvator- wie in der Marienkirche in der Predigt das Thema „Konfessionsschule“ behandelt.⁴⁷ Es dürfte wohl kaum purer Zufall sein, dass am darauf folgenden Montag, 11. Mai 1936, Kreisleiter Kling im Schlegelsaal in Wasseralfingen in einer Elternversammlung zum Thema „Warum Deutsche Gemeinschaftsschule?“ sprach. Am darauf folgenden Dienstag, 12. Mai, berichtete die Kocherzeitung⁴⁸ ausführlichst mit Wiedergabe der Argumente über diese Veranstaltung. Noch am selben Tag wurde im selben Blatt mit redaktioneller Notiz wie auch mit großformatiger Anzeige die Aalener Elternschaft der volksschulpflichtigen Kinder für abends 8 Uhr zu einer Elternversammlung in den Spritzenhausaal eingeladen. „Unter der Überschrift „Jedes deutsche Kind in die deutsche Volksschule“ berichtete die Kocherzeitung⁴⁹ tags darauf über die Elternversammlung. Einleitend drohte der Redakteur den noch

An die Eltern der volksschulpflichtigen Kinder in Aalen

Die Deutsche Volksschule als gemeinschaftliche Schule für die Kinder aller deutschen Volksgenossen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses hat in zahlreichen Städten und Gemeinden unseres Schwabenlandes festen Fuß gefaßt.

Auch in der Stadt Aalen hat eine erfreulich große Zahl von Erziehungsberechtigten ihre Kinder für die Deutsche Volksschule angemeldet. Ein Teil steht noch abseits, und eine Anzahl Eltern sind wieder wandelnd geworden.

Um die Eltern in sachlicher Weise über Sinn und Wesen der Deutschen Volksschule aufzuklären, findet heute abend 8 Uhr im Spritzenhausaal eine

Eltern-Versammlung

statt, in der Kreisleiter Kling, Ortsgruppenleiter Barth, die Schulräte Henß und Traa über die Deutsche Volksschule sprechen werden.

An die Erziehungsberechtigten der volksschulpflichtigen Kinder ergeht die dringende Einladung, die Versammlung zu besuchen, um in dieser bedeutungsschweren Frage Klarheit zu bekommen.

Aalen, den 12. Mai 1936.

Der Kreisleiter der NSDAP: Kling
Der Ortsgruppenleiter: Barth
Der BezirksSchulrat: Henß
Der Kreisamtsleiter des Amtes für Erzieher: Saug.

*Einladung zur
Informationsveranstaltung
der NSDAP
am 12. Mai 1936.*

Unentschlossenen, nicht abseits der Volksgemeinschaft zu stehen, denn die Gemeinschaftsschule, ein Eckpfeiler im Aufbauwerk unseres Führers“, komme auf jeden Fall. Seine Einleitung gipfelte in der gesperrt gedruckten Formulierung: „Wer gegen die Gemeinschaftsschule sei, versage dem Führer das Vertrauen“.

Die gut besuchte Veranstaltung eröffnete Ortsgruppenleiter Karl Barth, der in seiner Rede das Ergebnis der ersten Werbung lobte und betonte, dass die Zellenleiter oder Blockleiter dabei auf keine großen Widerstände gestoßen seien. Schulrat Traa legte in seinen Ausführungen großen Wert darauf, dass es sich bei der neuen Schule um keine Simultanschule im Sinne des Liberalismus handle, sondern um eine Schule, die allein auf der Grundlage des „großen deutschen Gemeinschaftsgedankens“ zu errichten sei, eine „völkische Schule“, die der „völkische Staat“ fordere. Der Religionsunterricht werde in der seitherigen Form nach Bekenntnissen getrennt und nur, wo dies notwendig sei, von Lehrern, sonst aber von Geistlichen gehalten werden. Der Schülergottesdienst bleibe garantiert, Kirchenlieder und Gebete könnten nach wie vor vom Lehrer gelehrt werden.

Als Beispiele für die problemlose Umgestaltung der Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen nannte Traa Schwäbisch Gmünd, Rottweil, Friedrichshafen, Tettngang, Langenargen und weitere überwiegend katholische Orte des schwäbischen Oberlandes. Auch in Orten der katholischen Diaspora wie Heidenheim, Göppingen, Reutlingen und Tuttlingen habe die „Abstimmung außerordentlich rasche und günstige Ergebnisse“ gebracht. Daher fordere er vor allem die Katholiken auf: „Macht mit, damit ihr dabei seid.“ Der ihm nachfolgende Redner Schulrat Hentz machte vor allem auf das katholische Bekenntnis seines Vorredners aufmerksam. Wenn dieser als Katholik die neue Schulform so sehr empfehle, könnten die katholischen Eltern sich von ihm ruhig überzeugen lassen. Hentz betonte die Freiwilligkeit in der Abstimmung, wurde aber gleichzeitig nicht müde, die Zustimmung zur Deutschen Schule als „eine völkische Pflicht ersten Ranges“ darzustellen. Kreisleiter Adolf Kling rief dazu auf, sich nicht von anderen aufhetzen zu lassen. Wer sich gegen die Arbeit Hitlers stelle, in die die schulpolitischen Veränderungen einzuordnen seien, handle „gegen den Willen des Führers, [...] gegen den Staat, [...] gegen ein Grundprinzip der nationalsozialistischen Weltanschauung“. Kritisieren könne man erst nach der Einführung der Gemeinschaftsschule. Doch weil der Nationalsozialismus auch auf diesem Gebiet das Beste wolle, werde sich das Schulwesen auch nur zum Positiven entwickeln. Ortsgruppenleiter Karl Barth beendete die Versammlung mit „Sieg Heil auf den Führer“, das bekräftigt wurde durch den begeisterten Gesang der Nationallieder.

Am Montag, dem 11. Mai 1936, wandte sich Stadtpfarrer Russ erneut mit folgendem Schreiben an das Bischöfliche Ordinariat⁵⁰:

Aalen, 11. 5. 1936

Auch hier wurde die Schulabstimmung auf die bekannte Weise durchgeführt. Viele Eltern machten sich nachher bittere Vorwürfe, trotzdem sie nicht aus bösem Willen, sondern nur in der Übereilung u. unter dem Druck gehandelt hatten. Sie wollten die Sache wieder gutmachen. Die Erziehungsvorträge zeigten ihnen die Notwendigkeit u. Bedeutung der christlichen Erziehung u. ihre große Verantwortung. So wurden auch hier, ähnlich wie in Ellwangen, den Eltern Zettel gegeben, auf denen sie widerrufen u. ihre Kinder für die Konfessionsschulen anmelden konnten. Bis jetzt haben von den Abgemeldeten mehr als die Hälfte widerrufen. Nun will man natürlich die Abstimmung auf irgend eine Weise für nichtig erklären, wenn auch die erlösende Formel noch nicht gefunden ist. Könnte man über die Vorgänge nicht den Führer u. Reichskanzler informieren, vielleicht durch den Nuntius oder Bischof Berning. In Preussen soll die Abstimmung nicht durchgeführt worden sein.
Kath. Stadtpfarramt Russ

Dass die Aktion für Partei und Staat trotz der Misserfolge in Aalen noch nicht abgeschlossen war, ist einerseits aus den fast täglich erscheinenden Erfolgsberichten aus anderen Landesteilen in der Zeitung zu entnehmen, die wohl beispielgebend wirken sollten.

In raschem Marsch zur Deutschen Volksschule

Steigende Zahl der Anmeldungen in Wasseralfingen

Wasseralfingen, 14. Mai. Die Zahl der für die Deutsche Volksschule angemeldeten Schüler ist auch hier im Steigen begriffen. Ohne Zweifel wird die in Bälde zu errichtende Deutsche Volksschule bedeutend mehr Schüler haben als die restliche katholische Bekenntnisschule. Die Deutsche Volksschule wird daher über mehr Lehrkräfte verfügen und wird besser ausgebaut und ausgestattet werden können. Die Ausbildung wird naturgemäß umfassender und eindringlicher sein als in der kleineren Bekenntnisschule. Das wird einmal fühlbar werden beim Uebergang von der Grundschule in die höhere Schule, ganz besonders aber am Ende der achtjährigen Schulzeit, wenn es gilt, sich um eine Lehrstelle zu bewerben. Daß u. a.

auch der Fachunterricht — wir denken da an Kurzschrift, Werkunterricht, Zeichenunterricht usw. — ganz andere Bildungsmöglichkeiten hat, liegt ja auf der Hand.

Wir hoffen zuversichtlich, daß auch die Wasseralfinger Elternschaft die Sprache der Stunde versteht und daß eine Einigung zustande kommt, so wie das überall im Land der Fall ist.

Wer in diesen Tagen die Presse aufmerksam verfolgt, sieht die Ergebnisse von Tag zu Tag laudant laudat fortgesetzt wachsen. So wird es nur noch ein geringer Rest im Lande sein, der die Entscheidung noch nicht getroffen hat. Die letzte Schulgemeinde, die es angeht, möge endlich hieraus die Folgerungen ziehen.

Unterrombach für die Deutsche Volksschule

Die Schulgemeinde Unterrombach hat sich einhellig zur Deutschen Volksschule, nämlich bis jetzt schon mit 94 vom Hundert aller Erziehungsberechtigten. Damit schafft sich Unterrombach aus seiner dreiklassigen evangelischen und vierklassigen katholischen Schule eine schön ausgebaute siebenklassige Deutsche Volksschule, wozu wohl in Bälde noch eine Fachlehrerin für Hauswirtschaft und Handarbeit treten wird.

Erfolgsmeldung aus Unterrombach: die Kocherzeitung sah am 16. 5. 1936 keine Hindernisse mehr, die katholische Schule aufzulösen.

Bericht der Kocherzeitung vom 15. 5. 1936 über die steigende Zahl der Anmeldungen in Wasseralfingen.

„Schulkampf“ auch am Arbeitsplatz

Wie der „Schulkampf“ sich hinter der äußeren Fassade abspielte, wurde nicht in der Presse dargestellt. Über Zwang und Drohung aber hat z.B. der Reichsbahnbeamte Konrad Miller⁵², gerne „Bartmiller“ genannt, am 25. 5. 1936, wohl empört und verzweifelt über das Geschehen handschriftlich für sich einen Kurzbericht über eine „Dienstversammlung“ am selben Tage verfasst.

Aalen, 25. 5. 36

Nachdem seit etwa 3 Wochen seitens der Presse, der Parteiorgane, der Lehrerschaft u.s.w. für den Eintritt in die Einheitsschule geworben wurde mit allen Mitteln der Überredung und des Zwangs wurden heute sämtl. Eisenbahnbeamte und Arbeiter (kathol.) die noch nicht sich für die Einheitsschule ausgesprochen hatten (trotz 5-8maligen Besuchs der Werber) um 12.10 in das Unterrichtszimmer der Station geladen.

Jeder ohne Ausnahme musste erscheinen, Lok- u. Zugpersonal mussten sogar abgelöst werden, außerdem sämtl. Dienststellenvorsteher. Anwesend waren ferner Kreisleiter Kling Unterkochen, stellv. Ortsleiter Reichsbahnoberinsp. Schleicher sowie die Amts- und Betriebswalter der eingeladenen Leute. Den Leuten wurde nun erklärt, dass solche Beamte Landesverräter wären und man könnte sie nicht auf einem solch wichtigen Bahnhof wie Aalen belassen. Ähnlich soll sich H. Schleicher ausgedrückt haben. Auch Betriebsamtsvorstand Reg.Rat Wagener hat anscheinend schwer kränkende Bemerkungen gegenüber den kath. Beamten gemacht.



*Blick auf das
Bahnbetriebswerk
Aalen, 1926.*



Belegschaft des Bw Aalen mit der geschmückten Lokomotive des Sonderzugs zur großen Bauernkundgebung der NSDAP am 7. 11. 1933 in Schwäbisch Hall.

Den Eifer der Herren kann man verstehen, wenn man weiß, dass am 27. oder 28. Mai Konkordatsverhandlungen stattfinden zwischen H. Minister Kerrl und Bischof Berning. Es sollen eben vorher noch sämtl. Schüler in die Gemeinschaftsschule gebracht werden, dann kann Minister Kerrl volle Zugeständnisse machen, denn es steht ja kein Mensch mehr hinter Bischof Berning u. das Konkordat ist offiziell nicht verletzt worden. Sowa heißt dann freiwillig und deutsche Ehrlichkeit.⁵³

Wenn Konrad Miller in seiner Aktennotiz vom Montag, 25. Mai 1936, von einer „etwa drei Wochen“ dauernden Werbeaktion „mit allen Mitteln der Überredung und des Zwangs“ spricht, dann deckt sich dieser Zeitraum in etwa mit der Phase seit der Veröffentlichung des „Bischöflichen Hirtenbriefes“ am Sonntag, 3. Mai 1936. Nur knapp davor schreibt Stadtpfarrer Russ seinen Protestbrief an das Kultministerium am Donnerstag, den 30. April 1936. Er spricht darin von der Durchführung der „Abstimmung für die Gemeinschaftsschule [...] in der letzten Zeit“. Zieht man das Ergebnis einer Befragung der Eltern der die evangelische Volksschule in Wasseralfingen besuchenden Kinder über die Einführung einer Deutschen Volksschule dort, die am Montag, 9. März 1936⁵⁴ stattgefunden hatte, in Betracht, so kann man annehmen, dass auch in Aalen anfangs März 1936 mit den Maßnahmen für die Einführung der Deutschen Volksschule begonnen worden war. Abstimmungen wurden nur in Orten mit bikonfessioneller Bevölkerung durchgeführt, wo die Schüler aus evangelischen und katholischen Bekenntnisschulen in einer Deutschen Volksschule zusammengeführt werden sollten.

In Aalen ist das NS-Ziel erreicht

Während die Aktionen je nach Bedarf fortgesetzt wurden, überraschte am Dienstag, dem 26. Mai 1936 (das war in der Woche vor Pfingsten), eine spektakuläre Nachricht in der Kocherzeitung⁵⁵ das Aalener Publikum mit folgender Meldung:

Der deutsche Gemeinschaftsgeist hat gesiegt

Einführung der Deutschen Volksschule auch in Aalen

Der Bürgermeister der Stadt teilt mit:

Seute früh habe ich folgende telefonische Mitteilung von der Ministerialabteilung für die Volksschulen, Stuttgart, erhalten:

„Der Herr Ministerpräsident und Kultminister hat die Einführung der Deutschen Volksschule in Aalen genehmigt.“

Der Einführung der Deutschen Volksschule in Aalen liegt folgendes Ergebnis der Elternbefragung zugrunde:

- a) bei der **Kath. Volksschule** mit einer Gesamtchülerzahl von 856 Schülern: 678 oder 79,2 Prozent Anmeldungen für die Deutsche Volksschule und 178 für die Bekenntnisschule;
- b) bei der **Evang. Volksschule** mit einer Gesamtchülerzahl von 672 Schülern: 669 oder 99,5 Prozent Anmeldungen für die Deutsche Volksschule und 3 für die Bekenntnisschule.

Das Gesamtergebnis beträgt bei einer Gesamtchülerzahl der beiden bisherigen Volksschulen von 1528: Anmeldungen für die Deutsche Volksschule 1347 oder 88,1 Prozent; für die Bekenntnisschule 181.

Dieses Ergebnis wurde der Ministerialabteilung für die Volksschulen gemeldet.

Inzwischen sind noch weitere 16 Anmeldungen für die Deutsche Volksschule eingegangen, sodaß sich nunmehr 694 oder 81,1 Prozent der katholischen Eltern für die Deutsche Volksschule entschieden haben.

Das Gesamtergebnis der Anmeldungen für die Deutsche Volksschule beträgt sonach 1363 oder 89,2 Prozent.

Die Ministerialabteilung hat für die Bekenntnisschule drei Klassen genehmigt. Die deutsche Volksschule wird also in Zukunft 31 Klassen, die Bekenntnisschule nur drei Klassen haben. Die Bekenntnisschule als sogen. Rumpfschule wird also kein Rektorat haben.

•

Es ist außerordentlich erfreulich, daß nunmehr auch in Aalen und im Kreis die Einführung der Deutschen Volksschule Gewißheit geworden ist. Es hat nicht an offenen und verstandenen Widerständen gefehlt und es gab so manche Leute, die in ihrem Entschluß wieder wankend wurden. Dank der energischen Aufklärung durch die politische Zeitung und die Lehrerschaft und dank der unermüdblichen Kleinarbeit ist es gelungen, der besseren Einsicht und dem Verantwortungsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft, besonders aber auch gegenüber unserer Jugend selbst zum Durchbruch zu verhelfen. Endlich fällt die konfessionelle Abschrankeung unserer Jugend, ohne daß ihr deshalb die religiöse bekenntnismäßige Unterweisung vorenthalten würde.

Aber nun ist der Grund gelegt zu einer für alle Zukunft bestehenden inneren Gemeinschaft unseres Volkes, der Grund gelegt für eine Erziehung der Jugend in wahrhaft deutschem Sinne und nationalsozialistischem Geiste. Wir haben endlich die Deutsche Volksschule, so wie sie von den Besten der Nation erträumt und ersehnt wurde.

Die durch die erfolgreiche Abstimmung erreichte Einführung der Deutschen Volksschule ist ein Freudentag für alle. Dies wollen wir dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir die Fahnen des Dritten Reiches von den Giebeln unserer Häuser wehen lassen. Darum:

„Fahnen heraus!“

Mitteilung der
Stadtverwaltung
vom 26. 5. 1936.

Im ersten Teil der „Siegemeldung“ wird mitgeteilt, dass die Einführung der Deutschen Volksschule in Aalen genehmigt sei. „Heute früh“ kann nur den Montagmorgen, also den 25. Mai 1936 meinen, denselben Tag also, an dem das katholische Personal des Bahnhofs Aalen zur „Dienstversammlung“ geladen wurde, um dort in einer absolut dienstfremden Angelegenheit u.a. auch vom Kreisleiter der Partei Pressionen und Drohungen ausgesetzt zu werden.

Zur Erreichung der ministeriellen Genehmigung mussten die Ergebnisse der Elternbefragung im voraus dem Kultministerium vorgelegen haben. Auch Instanzenwege brauchen ihre Zeit. – Das Ergebnis der Genehmigung bedeutet für Aalen in Zukunft eine Deutsche Volksschule mit 31 Klassen. Eine evangelischen Volksschule wird es in Zukunft nicht mehr geben. Eine dreiklassige katholische Bekenntnisschule mit jeweils ca. 60 Schülern pro Klasse wird keinen Rektor als Schulleiter haben.

Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse in der Deutschen Volksschule beträgt 44. Dieses Missverhältnis und die Sorge um eine weniger qualifizierte Ausbildung in der kleinen Bekenntnisschule mag manche Eltern doch noch dazu bewogen haben, ihr Kind in der Gemeinschaftsschule nachträglich anzumelden. Es sei hier schon angemerkt, dass die katholische Bekenntnisschule Aalen, als Restschule, im Juni 1937 durch Gemeinderatsbeschluss aufgelöst wurde.⁵⁶

Aber zurück zum Mai 1936! Der begeisterte Kommentar der der nüchternen Nachricht der Stadtverwaltung angefügt ist, lobt die „energische Aufklärung durch die politische Leitung und die Lehrerschaft“, verschweigt aber auch nicht die „offenen und versteckten Widerstände“. Er nennt die „erfolgreichen Abstimmungen“ einen „Freudentag für alle“ und fordert „Fahnen heraus!“ In gleicher Stimmung lädt eine Annonce in der Kocherzeitung⁵⁷ für den nächsten Tag, Freitag, 29. Mai, zu einer „öffentlichen Feier aus Anlass der Einführung der Deutschen Volksschule in Aalen“ die gesamte Einwohnerschaft der Stadt ein. Es unterzeichnen Ortsgruppenleiter Barth, der Stellvertreter des Bürgermeisters, Krauß, und der Schulleiter der Deutschen Volksschule: Maier i.V. Gebert. Bereits am Samstag, dem 30. Mai, berichtete die Kocherzeitung⁵⁸ mit einem die halbe Zeitungsseite füllenden Bericht über die Feierstunde. „Im weiten Viereck waren die Klassen mit ihren Lehrern, mit PL (=Politische Leiter), SA, Jung-

**An die Einwohnerschaft
der Stadt Aalen**

Morgen Freitag, 18 Uhr findet auf dem Park-
schulplatz eine

öffentliche Feier

aus Anlaß der Einführung der Deutschen Volksschule in Aalen statt.

Die Rundgebung ist umrahmt von Darbietungen des Schülerehors und Gedichtvorträgen einzelner Schüler.

Zu dieser Feier wird die gesamte Einwohnerschaft der Stadt freundlich eingeladen.

Bei schlechtem Wetter findet die Veranstaltung in der Volkshalle statt.

Aalen, den 28. Mai 1936.

Der Ortsgruppenleiter: Der Bürgermeister der Stadt
Barth. Aalen: i. B. Krauß.
Der Schulleiter der Deutschen Volksschule:
Maier
i. B. Gebert.

*Einladung zur
Einführungsfeier für die
„Deutsche Volksschule“
in Aalen.*



*Kreis- und NSV-
Gauamtsleiter Adolf Kling.*

volk, Jungmädels, Hitlerjugend und BdM (=Bund deutscher Mädels) angetreten, die unter Vorantritt der Kreiskapelle anmarschiert waren. Auch Kreisleiter Kling, Ortsgruppenleiter Barth, Schulrat Hentz / Heidenheim und weitere führende Persönlichkeiten von Staat und Partei waren erschienen, um ihre Verbundenheit mit dem neuen Werk der Deutschen Volksschule zu bekunden.

Die Feierstunde eröffnete Ortsgruppenleiter Barth. Anstelle des durch eine Dienstreise verhinderten Bürgermeisters Dr. Schübel nahm sodann Stadtrat Frank das Wort. Rektor Maier dankte, berichtete von der Verteilung der Schüler in ihre neuen Klassen und davon, dass 60 weitere Schüler sich zur Deutschen Volksschule gemeldet hätten und weiterhin die Gelegenheit zur Ummeldung bestünde.

Eine weitere Ansprache hielt Schulrat Hentz / Heidenheim, dem als Redner Kreisamtsleiter Haug (NSLB = NS-Lehrer-Bund) folgte. Zum Schluss ergriff Kreisleiter Kling das Wort. „Die Worte des Kreisleiters klangen aus in begeistert aufgenommenem „Sieg Heil!“ auf den Führer und im Gesang der Nationallieder. – Unter Vorantritt der Kreiskapelle marschierte der Zug wieder zurück zum Marktplatz, wo er sich nach dem Gesang des Liedes „Heilig Vaterland“ auflöste.

Der Tenor aller Reden drückte die Freude der Partei darüber aus, mit der Schaffung einer Deutschen Volksschule auch in Aalen der Verwirklichung „des hohen nationalsozialistischen Ziels, um dessen Willen die neue Schule geschaffen wurde“ näher gekommen zu sein. „Über die Schranken der Konfessionen hinweg“ werde „jede bekenntnismäßige Trennung der Schüler überwunden“. Aus der Gemeinschaft würden jene Männer und Frauen heranwachsen, die ein großes und starkes Deutschland verwirklichen können. Die neue Schule sei ein politisches Werk, das der Volksgemeinschaft diene.

Mit Abschaffung der Bekenntnisschulen in der „Schwarzen Hochburg Aalen“ hatte das NS-Regime ein Teilziel auf dem Weg zur Entkonfessionalisierung erreicht. Der Aalener Schulkampf hatte wohl von Anfang März 1936 bis Ende Mai 1936 gedauert, von Aschermittwoch bis zu den Pfingstfeiertagen. Von einem Schulkampf kann im ursprünglichen Sinn des Wortes gesprochen werden. Der Begriff wurde von beiden Seiten verwendet. Der NSDAP ging es um die Erringung neuen Terrains, um die Gleichschaltung des Bereichs der allgemeinen Volksbildung in der Schule. Den Kirchen, hier mit vollem Einsatz vor allem von Seiten der katholischen Kirche, um Erhaltung und Bewahrung der Konfessionsschule als Ort ganzheitlicher Menschenbildung. Der Münchner Erzbischof Michael Kardinal von Faulhaber hatte schon auf der Diözesansynode 1933 festgestellt: „Der Nationalsozialismus ist eine Häresie und mit der christlichen Weltanschauung nicht in Einklang zu bringen.“

Die Einführung der „Deutschen Volksschule“ in Wasseralfingen

Im Bemühen des neuen NS-Regimes in Württemberg um die Einführung der „Deutschen Schule“ wurden mannigfaltige Mittel benutzt. Dazu gehörte auch der Weg der Beantragung durch Bürgermeister und Gemeinderäte. Ein anschauliches Bild vom behördlichen Vorgehen dieser Art vermittelt der Einblick in die erhalten gebliebenen Akten über die Einführung der „Deutschen Schule“ in Wasseralfingen. Die Akten umfassen den Zeitraum vom 7. März 1936 bis zum 15. April 1937 und befinden sich, ebenso wie die zitierten Presseberichte, im Stadtarchiv Aalen.

Im Jahr 1936 bestanden in Wasseralfingen je eine katholische und eine evangelische Volksschule. In der Katholischen Volksschule sollten im Schuljahr 1936/37 in 8 Klassenstufen bzw. Jahrgangsklassen insgesamt 580 Kinder (288 Knaben und 292 Mädchen) unterrichtet werden. Die Evangelische Volksschule führte 3 jahrgangsübergreifende Klassenstufen (in der Unterklasse die Klassenstufen 1, 2, 3; in der Mittelklasse die Klassenstufen 4,5, 6; in der Oberklasse die Klassenstufen 7 und 8) für insgesamt 110 Kinder (44 Knaben und 66 Mädchen). Die Katholische Volksschule unter Leitung von Rektor Kammerer verfügte über die Schulgebäude „Uhlandschule“ neben dem Rathaus und die spätere „Schillerschule“. Die Evangelische Volksschule mit Oberlehrer Kussmaul als Leiter war die „Karlschule“ neben der evangelischen Kirche.

Über die Zusammenlegung der beiden Wasseralfinger Volksschulen muss zwischen der Gemeindeverwaltung als Schulträger und den beiden Schulleitungen schon frühzeitig intern Einvernehmen hergestellt worden sein.

Blick auf Wasseralfingen im Jahr 1933 mit den Gebäuden der evangelischen Karlschule (Pfeil linkes Bild) sowie der katholischen Uhlandschule (rechtes Bild Pfeil links) und der katholischen Schillerschule (Pfeil rechts)



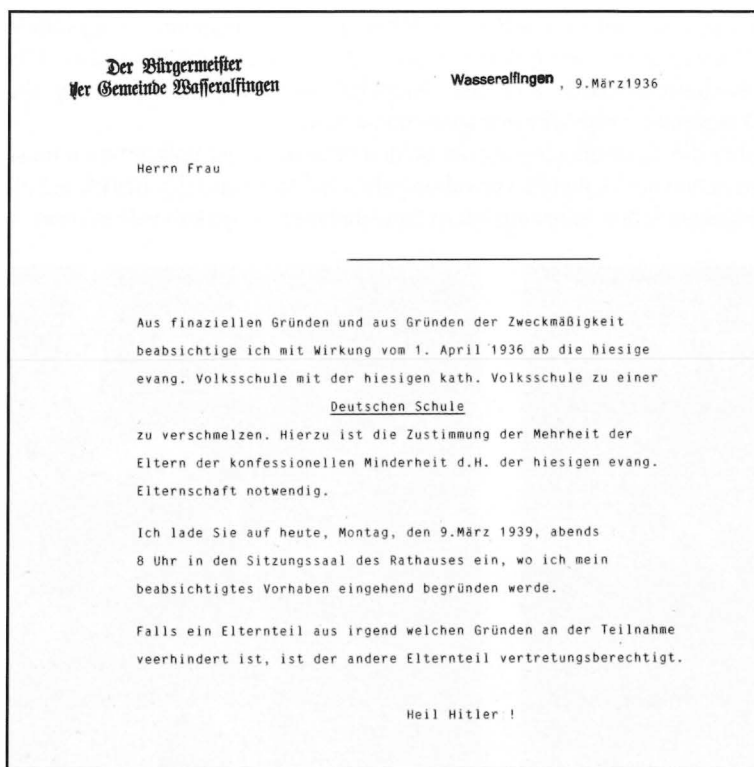
Chronologie der Vorgänge auf amtlicher Seite:

7. März 1936:

Rektor Kammerer legt dem Bürgermeisteramt Wasseraffingen neben einer Auflistung der Schülerzahlen (Kath. Schule) für das Schuljahr 1936/37 eine Reihe von Argumenten für den Zusammenschluss der beiden Volksschulen vor. Es sind gewichtige schulorganisatorische Gründe, wie z.B. der Erhalt oder die Einsparung von Lehrerstellen sowie eine notwendig werdende Schulhauserweiterung. Er ist sich sicher, dass den evangelischen Schülern „die Vorteile einer intensiveren Ausbildung, wie sie eben die ausgebaute Schule bietet, verschafft“ werden könne. Schließlich muss auch noch ein ideologisches Argument her: „Für Zusammenlegung der Schulen sprechen große weltanschaulich-volksmäßige Gesichtspunkte.“

9. März 1936:

Bürgermeister Kopfmann lädt für denselben Abend die Eltern der evangelischen Schule zum Informationsgespräch mit folgendem Schreiben ein:



*Einladungsschreiben
von Bürgermeister
Kopfmann, 9. 3. 1936.*

In einer aufliegenden Liste erklären die Eltern ihre Zustimmung zur Vereinigung der beiden Schulen:

Wasseralfingen

Die unterzeichneten Eltern von Schülern der evang. Volksschule in Wasseralfingen erklären sich damit einverstanden, daß mit Wirkung vom 1. April 1936 ab die hiesige evang. Volksschule mit der hiesigen kath. Volksschule zu einer Deutschen Schule vereinigt wird.

Wasseralfingen, 9. März 1936

Ifd. Nr.	Name	Zahl der Schüler	Unterschrift

Auf dem vorbereiteten Unterschriftenformular sollten die evangelischen Eltern ihr Einverständnis bestätigen.

Der Zusammenkunft mit den evangelischen Eltern geht am selben Abend eine nichtöffentliche außerordentliche Beratung mit den Beigeordneten und Gemeinderäten „zur Unterrichtung über das Vorhaben“ voraus. Die Beigeordneten und Gemeinderäte sollen, vorbehaltlich des Einverständnisses der „Mehrheit der Eltern der konfessionellen Minderheit“ mit der geplanten Regelung ihre Zustimmung durch Unterschrift schriftlich erteilen.

10. März 1936:

Bürgermeister Kopfmann berichtet dem Württ. Kultministerium in Stuttgart von seiner EntschlieÙung, „die hiesige evang. Volksschule mit der hiesigen kath. Volksschule zu einer Deutschen Schule zu verschmelzen. Die Vereinigung soll ab 1. April 1936 erfolgen.“ Der Bürgermeister begründet seine EntschlieÙung damit, dass sich dadurch die Errichtung von zwei weiteren Lehrerstellen sowie eine Erweiterung des Knabenschulgebäudes erübrigen. Der Gemeinde bleiben finanzielle Mehrbelastungen erspart, wäh-

rend die evangelischen Schüler in den Genuss der Vorteile des Besuchs einer ausgebauten Schule gelangen. Bevor der Bürgermeister über das Ergebnis der Elternbefragung detailliert an das Württ. Kultministerium berichtet, erwähnt er auch die Zustimmung der Beigeordneten und Gemeinderäte:

Kopfmann
Der Bürgermeister
der Gemeinde Wasseralfingen

10. März 1936.

Reg. Akten
Nr. 1 24

An das
Württ. Kultministerium
Stuttgart.

Betreff: Errichtung einer Deutschen Schule in Wasseralfingen.

Beil. 2

.....

damit einverstanden ist, die hiesige evang. Volksschule mit der hiesigen kath. Volksschule zu einer Deutschen Schule zu verschmelzen. Die Vereinigung soll ab 1. April 1936 erfolgen.

In der auf gestern Abend von mir einberufenen Versammlung der Eltern der hiesigen evang. Schüler, sind von 74 Eltern mit zusammen 114 Schülern. 70 Eltern mit 110 Schülern erschienen. 65 Eltern mit 103 Schülern = 91 % haben meiner EntschlieÙung zugestimmt. 5 Eltern mit 7 Schülern = 6% haben die Zustimmung versagt. 4 Eltern mit 4 Schülern = 3% sind nicht erschienen. Die Zustimmungserklärung der Beigeordneten und Gemeinderäte, sowie diejenige der Eltern lege ich im Anschluß vor.

Auf Grund dieser Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Elternschaft der konfessionellen Minderheit bitte ich das Kultministerium meine EntschlieÙung zu genehmigen und die Ministerialabteilung für die Volksschulen bezw. das Bezirksschulamt Gmünd zur Besorgung des Weiteren zu veranlassen.

Kopfmann

Der Bürgermeister.

Schreiben des Wasseralfinger Bürgermeisters Kopfmann an das Kultministerium, 10. 3. 1936.

13. März 1936:

Das Kultministerium reagiert prompt auf die Eingabe des Wasserralfinger Bürgermeisters:

Der Kultminister

Dr. 4376.

Stuttgart N, den 13. März 1936.
Auenbergstraße 14
Telefon 229 41, 247 41, 291 41.
Für den Fernverkehr: 297 41.

Reg. Akten
Nr. 1125

An
den Bürgermeister der Gemeinde
Wasserralfingen
i. d. G. d. L.

Gemeinde
Eing. 19. MARZ 1936
Wasserralfingen

Auf die Eingabe vom 10. März 1936.
Betreff: Zusammenlegung der katholischen und
evangelischen Schule in Wasserralfingen.
O Beil.

Ehe über Ihren Antrag entschieden wird, muß ich noch eine genaue Darstellung der Schulverhältnisse an der katholischen und evangelischen Schule haben, insbesondere ist auch mitzuführen, wie stark die Klassen vor und nach der Zusammenlegung sein werden, wieviele Lehrer die künftig zusammengelegte Schule haben soll ob Lehrstellen eingepart werden sollen, und wie das Verhältnis der Lehrer der Konfession nach werden soll.

Heil Hitler!

J. d. *Mink*

Antwort des
Kultministeriums,
13. 3. 1936.

20. April 1936:

In seiner ausführlichen Antwort weist Bürgermeister Kopfmann darauf hin, dass die Lehrerversorgung der neuen Gemeinschaftsschule bei 17 Klassen durch die vorhandenen Lehrkräfte gesichert ist, bei Beibehaltung der Konfessionsschulen aber künftig 2 Lehrerstellen neu geschaffen werden müssen. Der Brief schließt mit folgender Aussage: „Nach Rücksprache mit den beiden Schulvorständen wäre die Zusammenlegung der beiden Schulen, trotzdem das neue Schuljahr bereits begonnen hat, sehr wohl noch möglich, wenn die Genehmigung hiezu vom Kultministerium im Laufe dieser oder der nächsten Woche erteilt würde. Unter Würdigung aller Umstände und im Hinblick auf das Verlangen von 91% der Elternschaft der hiesigen konfessionellen Minderheit nach einer Gemeinschaftsschule, bitte ich den

Herrn Kultminister die Zusammenlegung der beiden Konfessionsschulen zu einer Deutschen Schule in Bälde zu genehmigen u. die Ministerialabteilung f. d. Volksschulen bzw. das Bezirksschulamt Schwäbisch Gmünd zur Besorgung des weiteren zu veranlassen.“

22./29. April 1936:

Auch die katholischen Schüler von Wasseralfingen sollen der neuen Gemeinschaftsschule zugeführt werden. Schreiben des Kultministeriums an die Ortsverwaltung vom 22. und 29. 4. 1936.

Das Kultministerium „erteilt grundsätzlich“ die Genehmigung zur Einführung der Deutschen Schule in Wasseralfingen. Auch die katholische Bevölkerung soll „bei restlosem Einsatz der Partei und der Lehrerschaft“ gewonnen werden. Der Erlass des Kultministeriums sowie ein darauf folgendes Schreiben des Bezirksschulrats in Schwäbisch Gmünd sprechen eine deutliche Sprache; mit einem hundertprozentigen Erfolg der Aktion wird aber nicht gerechnet.

Wärrt. Kultministerium
Oberregierungsrat Dr. Brück.
Nr. 6476.

22. April 1936.

Reg. Akten

Gemeinde vom 27. APR. 1936 Wasseralfingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Herr Kultminister hat Befehl gegeben, daß in Wasseralfingen auch die katholische Bevölkerung aufgenommen werden soll, ihre Kinder bei Gemeinschaftsschule zuzuführen. Die Genehmigung zur Einführung dieser Schule ist grundsätzlich erteilt. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß bei vollständigem Einsatz der Partei und der Lehrerschaft, ähnlich wie dies in Stuttgart erfolgt ist, die Aussicht auf einen Erfolg groß ist. Wenn eine katholische Konfessionsschule übrig bleibt, so muß dies in Kauf genommen werden, es ist dann immer noch zu hoffen, daß die Deutsche Volksschule ihre Umgestaltungsarbeit ausübt und föhrlieh auch die andern Kinder in sich zieht.

Gelt. Kellner!

5000

DER BEZIRKSSCHULRAT.
Nr. 1570.

Schw. Gmünd, den 29. 4. 1936.

An den
Herrn Bürgermeister
in Wasseralfingen.

Betreff.: Zusammenlegung der kath. und evang. Volksschule in Wasseralfingen.

O. Beil.

Erlass der Min. Abtlg. f. d. Volksschulen Nr. 38881 vom 24. 4. 1936:

Der Herr Kultminister hat mit Erlass Nr. 6476 vom 22. 4. 1936 die Einführung der Deutschen Volksschule in Wasseralfingen grundsätzlich genehmigt. Doch ist entsprechend dem Verfahren in Stuttgart auch in Wasseralfingen von vornherein die Möglichkeit vorzusehen, unter Umständen eine katholische Konfessionsschule einzurichten. Ich ersuche daher sofort zu veranlassen, dass auch die katholische Bevölkerung von Wasseralfingen zur Anmeldung für die Deutsche Volksschule aufgefordert wird. Die Einwilligungserklärungen der kath. Erziehungsberechtigten sind deshalb baldigst vorzulegen.

ges. Frommann.

Bürgermeister und Rektor Kammerer haben im gegenseitigen Benehmen dafür zu sorgen, dass die Einwilligungserklärungen der kath. Erziehungsberechtigten in Bälde gemacht und gesammelt hier zur Vorlage eingehen.

5000

28. April 1936:

Bürgermeister Kopfmann lädt „alle Eltern hiesiger Volksschulen“ zu einer Kundgebung auf Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr in den Schlegelsaal ein, um sein Vorhaben, die Einführung einer Gemeinschaftsschule zu erläutern und zu begründen. Aufschlussreich sind Aufbau und Formulierung der hier folgend wiedergegebenen Einladung.

Der Bürgermeister
der Gemeinde Wasseralfingen.

Wasseralfingen, den 23. April 1936.

Wagner

An alle Eltern hiesiger Volksschüler !

Joh beabsichtige hier die

Einführung einer Gemeinschaftsschule,

nachdem §1 § der Elternschaft der konfessionellen Minderheit
meiner Absicht bereits zugestimmt haben und das Kultministerium
die Genehmigung hiesu grundsätzlich erteilt hat.

Joh fordere hiesmit auch die katholische Elternschaft auf,
ihre Kinder der Gemeinschaftsschule zuzuführen.

Zur Erläuterung und Begründung meines Vorhabens lade ich

alle Eltern hiesiger Volksschüler
auf

Mittwoch, den 29. April 1936, abends 8 Uhr

in dem Schlegelsaal

zu einer Kundgebung ein.

Wer nicht erscheint, von dem nehme ich ohne Weiteres an, dass er
mit der Einführung der Gemeinschaftsschule einverstanden ist.

Falls ein Elternteil aus irgend welchen Gründen an der Teil-
nahme verhindert ist, ist der andere Elternteil vertretungsberech-
tigt.

Kling

0000

Einladung zur
„Kundgebung für die
Gemeinschaftsschule“
am 29. 4. 1936.

Anmeldung
für die
Volksschule

Wasseralfingen, den _____ 1936

Ich möchte, daß mein Kind fernertan bei

- * Deutsche Volksschule
- * Katholische Volksschule
- * Evangelische Volksschule

besucht.

(Name des Kindes)

(Geburtsort und -datum)

Name der Kinder: _____
Hiesige Schule: _____
Stoffe, in der das Kind ist: _____

Bei **Wendung** für jedes Schulfeld ist ein beauftragter Nachruf auszu-
stellen. Weiterer Nachdruck muß bei den Geschäftsführern der
Volksschulen zu erhalten. Der ausgefüllte Nachruf
ist beim Leiter der hiesigen Volksschule abzugeben. Die
Wendung ist mit Einlage zu versehen.

Hülfliche bedanken!

* Das nicht genutzte Wort, bitte nicht durchstreichen.

11. Mai 1936:

Kreisleiter Kling spricht bei der Elternversammlung im Schlegelsaal in Wasseralfingen zum Thema „Warum Deutsche Gemeinschaftsschule?“. Er verkündet, dass „die hiesige Lehrerschaft einen umfassenden Aufklärungsfeldzug organisiert hat, um die Deutsche Gemeinschaftsschule, die sich jetzt überall durchsetzt, auch in Wasseralfingen zu verwirklichen“. Die Argumente sind identisch mit jenen des vorgestellten Flugblattes.

Warum Deutsche Gemeinschaftsschule?

Kreisleiter Kling sprach in Wasseralfingen

bl. Wasseralfingen, 12. Mai. Die hiesige Lehrerschaft hat einen umfassenden Aufklärungsfeldzug organisiert, um die Deutsche Gemeinschaftsschule, die sich jetzt überall durchsetzt, auch in Wasseralfingen zu verwirklichen. In einer Elternversammlung im „Schlegel-saal“ sprach Kreisleiter Kling am Montagabend in grundsätzlicher Rede über den Sinn und Zweck der Deutschen Gemeinschaftsschule und zeigte in packenden Ausführungen, warum die Gemeinschaftsschule eine nationale Notwendigkeit ist.

Der Redner legte sich einleitend mit jenen verdornten Gegnern auseinander, die wie in den Jahren vor der Machübernahme zu feige gewesen sind, um in einer Versammlung zu erscheinen, in der sie die Wahrheit hätten hören können. Kreisleiter Kling verwischte diesen Kreisen, daß die Entwicklung über sie hinweggehen werde und daß sie sich nicht einzubilden brauchen, daß sie im Geschehen des nationalsozialistischen Deutschland irgend etwas ändern könnten. Gerade diese Kreise sind es ja gewesen, die früher behaupteten, der Nationalsozialismus vermöge den Neubau nicht zu vollziehen und die dann nach der Machübernahme einziehen mußten, daß der Nationalsozialismus doch recht behalten hat. Bringt ist heute vergessen, von Adolf Hitler aber spricht heute die ganze Welt! Man nannte ihn einst einen Kapitalisten, aber gerade er hat den Daumen auf den Kapitalismus gelegt. Man „prophetezte“, Hitler werde die Wirtschaft ruinieren, aber die Anderen haben sie tatsächlich ruiniert und er hat sie wieder aufgebaut. Wohl ist noch nicht alles zur vollen Zufriedenheit geschaffen, die Lohnverhältnisse des deutschen Arbeiters entpochen noch nicht allen Erwartungen. Aber es ist unmöglich, ein Haus von oben her zu bauen, mit schönen Fassaden und Läden anzufangen, ehe man ein hartes Fundament gelegt hat. Zu er ist muß das Reich stark werden, denn die Stärke ist sein Fundament.

Wenn wir heute mit unserem Willen zur Gemeinschaftsschule vor das Volk treten, führe Kreisleiter Kling weiter aus, dann meinen wir es gut mit unserem Volk, wenn es auch die Gegner in Wasseralfingen nicht glauben wollen. Oft, wenn in der deutschen Geschichte die politische Einigung erkämpft war, brach auf dem Gebiete des Glaubens der Zwiespalt aus. Kaum waren 1871 die deutschen Stämme in einem Reiche geeinigt, so riefen die Gegner 1872 einen Kulturkampf hervor. Wir haben uns immer im ungünstigsten Augenblick um Dinge gestritten, die wohl wichtig sind, die aber gefährlich werden, wenn man sie in den Vordergrund des politischen Lebens stellt. Wenn heute Deutschland wieder einig geworden, wenn uns der Glaube an Deutschland wieder gegeben ist und man sich nicht mehr gegenseitig als Verbrecher betrachtet, dann besteht auch die Aussicht, daß der Mensch wieder

herausgebildet wird, der jene deutschen Tugenden verkörpert, die Voraussetzung sind für die Verwirklichung des Christentums. In Deutschland ist das Christentum groß geworden, nicht im Orient. Nicht irgendwo in Palästina, sondern auf deutschen Universitäten ist die Auffassung des Christentums herausgestellt worden, die dem Schöpfer gefallen kann. Vom nordischen Menschen aus ist die Welt zivilisiert worden!

Wenn wir heute versuchen, diesen deutschen Menschen in der Gemeinschaftsschule zu gestalten, so wollen wir damit nicht zum Ausdruck bringen, daß wir das Christentum schädigen wollten. Wir wollen vielmehr einen Menschen erziehen, der neben der Gesundheit und Leistungsfähigkeit seines Körpers auch Charakter besitzt, der anständig ist, treu, kameradschaftlich, opferbereit. Das ist der Wille des Schöpfers.

Von diesem neuen deutschen Menschen verlangen wir, daß er die Volksgemeinschaft zur Tat werden läßt. Wir müssen ein Schulwesen ablehnen, in dem die eine Gruppe eine andere Gruppe als minderwertig betrachtet. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben!

Deshalb muß die Verwirklichung der Deutschen Gemeinschaftsschule gelingen und ste wird gelingen, auch wenn die Gegner in Wasseralfingen nicht mit tun. Dann wird es noch einmal so kommen, wie vor vier Jahren, als die Gegner grinsend am Wege standen, nach der Machübernahme aber beschämt zugeben mußten, daß der Nationalsozialismus recht behielt und damitbar waren, daß man ihnen nichts nachtrug.

Wir werden die Gemeinschaftsschule gründen, weil wir aus der Geschichte der Jahrhunderte und der letzten Vergangenheit gelernt haben, daß für ein gesundes Volk unbedingte Voraussetzung ist, daß die Erziehung auf allen Gebieten unter dem gleichen Gesichtspunkt erfolgt.

Diese Forderung ist eine staatspolitische Forderung, an der kein Volksgenosse vorbeigehen kann, wenn er nicht ein Staatsfeind sein will. Wenn der Staat Rat schläge gibt, so müssen sie befolgt werden, um dem Staat zu dienen. Der Staat gibt ja die absolute Gewähr dafür, daß die christliche Erziehung keinen Schaden leidet.

Jene Geistliche, die heute gegen die Gemeinschaftsschule sind, gingen einst in Aalen in die Gemeinschaftsschule, und haben keinen Schaden an ihrer Seele gelitten. Wir wollen, daß beide Konfessionen sich gegenseitig achten, denn

es ist eine Selbstverständlichkeit, daß zwei Konfessionen, die zum gleichen Herrgott beten, sich in ihren religiösen Lebungen gegenseitig achten. In diesem Punkt wird in der Gemeinschaftsschule kein Zwang ausgeübt. Hat im Krieg einst der Feldgeistliche gefragt, ob der in der Zeltbahn eingepackte Bewundene evangelisch war oder katholisch?

Wenn der Herrgott will, daß diese beiden Konfessionen wieder zusammenkommen, dann werden sie zusammenkommen, ohne Rücksicht darauf, ob gewisse Leute wollen oder nicht. Der Herrgott wird die deutschen Menschen einigen.

Es ist die Hoffnung jedes anständigen Menschen, daß die Zwiespaltigkeit des Glaubens einmal überwunden wird, ob diejenigen, die ihre Pfände in Gefahr sehen, sich wehren oder nicht. Es kann nicht der Wille des Schöpfers sein, daß Menschen, die dem Blute nach zusammengehören, im Glauben getrennt sind.

Der Führer hat einmal erklärt, wer Deutschlands Einigkeit zerreißt, ist ein Feind der Zukunft. Heute erklären wir: Wer irgendwo das Samentorn der Zwietracht sät, wird eines Tages von den Nachkommen zur Rechenhaft gezogen werden. Wir haben allerdings den Glauben, daß es soweit nicht kommen wird.

Aber vielleicht müssen die Gegner in Wasseralfingen sich eines Tages noch einmal schämen vor denen, welche die Garantie für Deutschlands Zukunft in der Einigkeit des Volkes erblicken. Die Haltung jener Gegner ist ja nichts anderes, als der Gram um die entschundene politische Macht. Das erkennt auch der einfachste Mensch!

Zum Schluß forderte Kreisleiter Kling die Bevölkerung Wasseralfingens auf, sich nicht beeinflussen zu lassen von denen, die es nicht gut meinen. Er hob noch einmal die gewaltigen Errungenschaften der nationalsozialistischen Staatsführung hervor und mahnte; alles aus dem Wege zu räumen, was die Einigkeit hindert, die der Führer vollenden wird, weil sie zu Deutschlands Segen und Nutzen ist.

Redtor Kammerer dankte dem Kreisleiter für seine grundlegenden Ausführungen und schloß die Versammlung mit einem Segen auf den Führer.

Eltern-Versammlung in Aalen

Um auch den Eltern der volkschulpflichtigen Kindern in Aalen über Sinn und Zweck der Gemeinschaftsschule aufzuklären, findet heute abend 8 Uhr im Spritzenhaus-saal eine Elternversammlung statt, in der Kreisleiter Kling, Ortsgruppenleiter Barth, die Schulräte Henz und Traa sprechen werden.

14. Mai 1936:

Die Kocher-Zeitung berichtet unter dem reißerischen Titel „In raschem Marsch zur Deutschen Volksschule“, dass die Zahl der Anmeldungen in Wasseralfingen „im Steigen begriffen“ ist :

„Die Zahl der für die Deutsche Volksschule angemeldeten Schüler ist auch hier im Steigen begriffen. Ohne Zweifel wird die in Bälde zu errichtende Deutsche Volksschule bedeutend mehr Schüler haben als die restliche katholische Bekenntnisschule. Die Deutsche Volksschule wird daher über mehr Lehrkräfte verfügen und wird besser ausgebaut und ausgestattet werden können. Die Ausbildung wird naturgemäß umfassender und eindringlicher sein als in der kleineren Bekenntnisschule. Das wird einmal fühlbar werden beim Übergang von der Grundschule in die höhere Schule, ganz besonders aber am Ende der achtjährigen Schulzeit, wenn es gilt, sich um eine Lehrstelle zu bewerben. Daß u.a. auch der Fachunterricht – wir denken da an Kurzschrift, Werkunterricht, Zeichenunterricht usw. – ganz andere Bildungsmöglichkeiten hat, liegt ja auf der Hand.

Wir hoffen zuversichtlich, daß auch die Wasseralfinger Elternschaft die Sprache der Stunde versteht und daß eine Einigung zustande kommt, so wie das überall im Land der Fall ist.

Wer in diesen Tagen die Presse aufmerksam verfolgt, sieht die Ergebnisse von Tag zu Tag landauf landab fortgesetzt wachsen. So wird es nur noch ein geringer Rest im Lande sein, der die Entscheidung noch nicht getroffen hat. Die letzte Schulgemeinde, die es angeht, möge endlich hieraus die Folgerungen ziehen.“

14./18. Mai 1936:

Die beiden Schulleiter berichten dem Bürgermeister über die Werbeaktion, die in den beiden Wochen nach der Kundgebung im Schlegelsaal in Wasseralfingen stattgefunden hat.

19. Mai 1936:

Bürgermeister Kopfmann wiederholt seinen Antrag auf Errichtung einer Deutschen Volksschule gegenüber dem Kultusministerium und informiert gleichzeitig über den Stand der Elternzustimmungen zu seinem Vorhaben. Bürgermeister Kopfmann muss „das schlechte Ergebnis der Anmeldungen zur Deutschen Volksschule katholischerseits“ feststellen und gibt die Schuld der „maßlosen Hetze des hiesigen Vikars Sandel“. Unerwähnt bleibt die traditionell feste Bindung der katholischen Bevölkerung an die Zentrumspartei. Zudem konnten die Eltern mit einer voll ausgebauten Volksschule mit Unterricht in Jahrgangsklassen unter Leitung eines akade-

misch gebildeten Rektors zufrieden sein. Der evangelische Bevölkerungsteil erkannte wohl die Nachteile der wenig gegliederten Schule, bedingt durch die geringe Schülerzahl und stimmte auch deshalb für die Zusammenlegung der beiden Schulen.

Der Bürgermeister
der
Gemeinde Wasseralfingen
Kreis Heilbr.

Wasseralfingen, den 19. Mai 1936

Reg. Amt
Nr. 124/36

An die
Ministerialabteilung für die
Volksschulen
Stuttgart

Betreff: Errichtung einer Deutschen
Volksschule in Wasseralfingen.
Beil.: 1 Paket Erklärungen

Unter Bezugnahme auf meinen
am 10. März 1936 und 20. April 1936 beim
Kultministerium gestellten Antrag auf
Errichtung einer Deutschen Volksschule
in Wasseralfingen bitte ich die Mini-
sterialabteilung für die Volksschulen
diesen Antrag nun stattzugeben, nach-
dem die unterschriftliche Zustimmung
eines Teils der hiesigen Eltern nun
vorliegt. Meine diesbezügliche Ent-
scheidung und die Zustimmung der Ge-
meinderäte und Beigeordneten zu dieser
Entscheidung wurde dem Kultministerium
mit Bericht vom 10. März 1936 bereits
vorgelegt.

Die Zahl der Erziehungsberech-
tigten beträgt:

katholische	350
evangelische	<u>70</u>
zusammen	420

Davon haben für die Errichtung der
Deutschen Volksschule gestimmt:

katholisch	157
evangelisch	<u>65</u>
zusammen	222

Die Gesamtzahl der Volksschulpflichti-
gen verteilt sich auf die beiden Konfessio-
nen wie folgt:

katholisch	575	
evangelisch	<u>109</u>	zus. 684

5000

Schreiben des
Bürgermeisteramtes an die
Ministerialabteilung
für die Volksschulen
in Stuttgart, 19. 5. 1936.

Von der Gesamtschülerzahl haben sich zur Deutschen Volksschule angemeldet:

katholisch	260
evangelisch	<u>99</u>
zusammen	359

Für die katholische Bekenntnisschule verbleiben demnach noch 315 Schüler; die restlichen 10 Schüler der evang. Volksschule werden künftig der Deutschen Volksschule zugeführt werden, sodaß sich die Zahl der Schüler dieser Schule auf 369 erhöht.

Nach Ansicht des Bezirksschulrats Traa in Schwäb. Gmünd sollte die Einrichtung der Deutschen Volksschule in folgender Weise erfolgen:

Deutsche Volksschule mit 369 Schülern und 11 Klassen
Kath. Bekenntnisschule 315 Schüler und 6 Klassen.
Bei dieser Einteilung würden alle örtlichen Lehrkräfte wieder Verwendung finden. Ein Abbau von Lehrkräften kommt nicht in Frage.

Bei Errichtung der Deutschen Volksschule kämen die hiesigen evangelischen Schüler in den Genuß und die Vorteile einer ausgebauten Schule. Ausserdem wäre die Schaffung zweier neuer Lehrstellen an der hiesigen kath. Volksschule überflüssig Würde der seitherige Zustand hier belassen, so wäre die Gemeind ausserdem gezwungen die kath. Volksschule durch einen Anbau zu vergrößern.

Das schlechte Ergebnis der Anmeldungen katholischerseits zur Deutschen Volksschule rührt von der maßlosen Hetze des hiesigen Vikars Sandel her. Alle ihm zu Gebote stehenden Mittel hat er eingesetzt, um die kath. Bevölkerung von der Deutschen Volksschule abzuhalten. Dieser Einfluss ist sogar so weit gegangen, dass bei einer von dem Rektor einberufenen Elternversammlung in der Kreisleiter Kling und Bezirksschulrat Traa sprechen sollten, nur etwa 10 Eltern erschienen sind, weil die Geistlichen die Parole zum Fernbleiben herausgegeben haben.

Aus Gründen der Staatsautorität bitte ich trotz des schlechten Abstimmungsergebnisses die Genehmigung zur Errichtung einer Deutschen Volksschule zu erteilen, insbesondere nachdem die Mehrheit der hiesigen Elternschaft ihre Zustimmung hiezu gegeben hat.

A


Bürgermeister Kopfmann macht den Einfluss der katholischen Kirche für das schlechte Abstimmungsergebnis verantwortlich.

24./26. Mai 1936:

Regierungsrat Hilgruber von der Ministerialabteilung für die Volksschulen empfängt Bürgermeister Kopfmann zu einer „vertraulichen“ Aussprache. Zwei Tage später wird die Erfolgsmeldung nach Stuttgart gesandt, „wonach es durch die gestern hier in Wasseralfingen unternommene Aktion gelungen ist, weitere 87 Kinder für die Gemeinschaftsschule zu gewinnen“.

Der Durchschlag des Schreibens an Regierungsrat Hilgruber trägt nicht den Briefkopf des Bürgermeisteramts Wasseralfingen, sondern nur auf Blatt 2 den Verweis „NSDAP Ortsgruppe Wasseralfingen“ mit der Unterschrift von

Ortsgruppenleiter Hertel unterzeichnet. Die Auflistung macht deutlich, dass beinahe zwei Drittel der Kinder für die Simultanschule angemeldet werden, wobei für fast 40 % der katholischen Kinder die Konfessionsschule gewünscht wird.



26. Mai 1936.

An die
Ministerialabteilung f.d.Volksschule
a.H.d.Herrn Reg.Rat Hilburger

S t u t t g a r t - H
Königstr.44/III.

Unter Bezugnahme auf die heute vormittag bereits telefonisch abgegebene Meldung, wonach es durch die gestern hier in Wasseralfingen unternommenen Aktion gelungen ist, weitere 87 Kinder für die Gemeinschaftsschule zu gewinnen, gebe ich nachstehend eine Uebersicht über den nun vorliegenden Stand der Angelegenheit:

		für		gegen	
		Gemeinschaftsschule		Gemeinschaftsschule	
		<u>Kindersahl</u>	<u>%</u>	<u>Kindersahl</u>	<u>%</u>
Stand am 24.5.1936	katholisch	262	45,4	313	54,6
	evangelisch	99	90,8	10	9,2
Stand am 26.5.1936	katholisch	349	60,7	226	39,3
	evangelisch	99	90,8	10	9,2
		<u>448</u>	<u>65,5</u>	<u>236</u>	<u>34,5</u>

Die mit allem Nachdruck durch politische Leiter und Lehrer nochmals durchgeführte Werbung hat gezeigt, dass überall noch ein ausserordentlicher Widerstand herrscht, der seine Ursache nur in dem ausserordentlichen Vorgehen des Herrn Vikar Sandel hat.

Entgegen der am Sonntag gegebenen Anregungen, wonach schon gestern um 11 Uhr die Kinder hätten nach Hause geschickt werden sollen, haben wir aus taktischen Gründen die Kinder erst um 3/4 12 Uhr nach Hause geschickt. Auf Grund unserer Beobachtungen konnten wir dann feststellen, dass schon wenige Minuten danach die ersten Boten ins Pfarrhaus geschickt wurden. Sofort setzte dann auch eine weitere Werbung durch Vikar Sandel von Haus zu Haus ein und alle politischen Leiter und Lehrer mussten dann bei ihrer Arbeit die Erfahrung machen, dass Vikar Sandel kräftig gegen unsere Absicht gearbeitet hat. Dazu kommt noch, dass Vikar Sandel am Sonntag

Blatt 2 -

Neue Zahlen werden nach
 Stuttgart gemeldet,
 Schreiben des NSDAP-
 Ortsgruppenleiters Hertel
 vom 26. 5. 1936.

NSDAP Ortsgruppe Wasseralfingen

Blatt 2

An die

Ministerialabteilung f.d.Volksschule

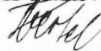
S t u t t g a r t - E.

vormittag in der Predigt aus einer angeblichen Druckschrift einen Satz vorlas, etwa folgenden Inhalts: „Wir haben 300 Völker besiegt und werden auch die beiden Konfessionen überwinden.“ Unter den Zuhörern bestand die Auffassung, dass unter dem „wir“ die NSDAP gemeint war und aus dem Mund eines der von mir bearbeiteten Gegner der Gemeinschaftsschule habe ich gehört, dass dieser Satz für ihn die letzte Hemmung zur Anerkennung der Gemeinschaftsschule gewesen sei. Diese Beobachtung hat mich veranlasst, die Politische Polizei in Ellwangen mit der Angelegenheit zu befasen, die auch heute schon Erhebungen hier angestellt hat.

Auch die Haltung von 2 Parteigenossen haben uns bei der Arbeit sehr geschadet. Sie haben sich in einem Kreis von etwa 80 Personen trotz wiederholter Aufforderung nicht dazu entschliessen können ihre Stellung gegen die Gemeinschaftsschule aufzugeben und dieser Umstand ist uns vielseitig entgegengehalten worden. Gegen die beiden PG haben wir beim Kreisgericht Antrag auf Ausschluss gestellt. Ich erwähne diesen Zwischenfall nur, um zu zeigen welch grosse Schwierigkeiten hier zu überwinden waren.

Auf Grund der heute früh gehaltenen Aussprache darf ich annehmen, dass auf Grund des nun vorliegenden Ergebnisses mit der Genehmigung zur Einführung der Gemeinschaftsschule gerechnet werden darf. Jedenfalls möchte ich die dringende Bitte aussprechen, die Gemeinschaftsschule hier zu verwirklichen, da andernfalls die Bewegung künftig hier einen sehr schweren Standpunkt hätte.

Heil Hitler!



Ortsgruppenleiter.

28. Mai 1936:

Bürgermeister Kopfmann lädt die Herren Beigeordneten und Gemeinderäte für Freitag, den 29. Mai 1936, vormittags 10.00 Uhr, in den Hof des Knabenschulgebäudes zur Eröffnungsfeier der Deutschen Schule, „nachdem der Herr Kultminister die Einführung dieser Schule in Wasseralfingen genehmigt hat.“ Mit einer Anzeige in der Kocherzeitung wird auch die Einwohnerschaft eingeladen. Außerdem wird die Öffentlichkeit informiert, dass die Deutsche Schule 14 Klassen, die verbleibende katholische Konfessionsschule aber nur 3 Klassen haben werden. Damit habe die NSDAP auch in Wasseralfingen ihr Ziel erreicht.

Einladung für die
Eröffnungsfeier der
Deutschen Schule in
Wasseralfingen
am 29. 5. 1936.

Wasseralfingen.

Am kommenden Freitag, den 29. Mai 1936, vormittags 10 Uhr findet auf dem Schulhof der Knabenschule in Wasseralfingen eine

Eröffnungs-Feier der Deutschen Schule

statt, nachdem der Herr Kultminister die Einführung der Deutschen Volksschule in Wasseralfingen genehmigt hat. Zu dieser Feier wird die Einwohnerschaft herzlich eingeladen. Kreisleiter Kling, M.d.R. und Bezirksschulrat Traa haben ihr Erscheinen bei der Feier zugesagt.

Mit der Entscheidung des Herrn Kultministers hat der Kampf um die Deutsche Volksschule in Wasseralfingen vorläufig einen Abschluß gefunden. Nachträgliche Anmeldungen zu dieser Schule können heute und morgen von den noch Fernstehenden beim Schulvorstand gemacht werden. Erfreulicherweise hat sich eine starke Mehrheit der Elternschaft zur Schule der Volksgemeinschaft bekant. Die zukünftige Deutsche Volksschule wird 14 Klassen und die verbleibende katholische Konfessionsschule 3 Klassen umfassen, sodaß die bisher hier tätigen 17 Lehrkräfte an beiden Schulen wieder verwendet werden können.

Trotz maßloser Hetze gewisser Kreise, trotz mittelalterlicher Beeinflussungsmethoden, Zweckflügen und Schauermärchen hat der deutsche Gedanke gesiegt. Nur der kleinere Teil der Alterschaft ist auf die uns aus den Kampftagen vor der Machtübernahme wohlbekannte Melodie einer abgetriebenen Schallplatte wieder hereingefallen, die aus einer verstaubten Mottenkiste der Requisiten einer überlebten Partei wieder hervorgeholt wurde.

Die Deutsche Volksschule in Wasseralfingen steht! Der Theaterdenker ist verhallt! Wir haben ihn vernommen, gehen darüber hinweg zur Tagesordnung über und schreiten den Weg zur Volksgemeinschaft, zu einem Deutschland der Ehre, Kraft und Freiheit, rüstig weiter.

Wasseralfingen, den 27. Mai 1936.
Bürgermeister Kopfmann.

29./30. Mai 1936:

Bei der Eröffnungsfeier preisen die Redner, Rektor Kammerer und Oberlehrer Kußmaul, Bezirksschulrat Traa und Bürgermeister Kopfmann sowie Kreisleiter Kling die neue Deutsche Volksschule in der Gemeinde Wasseralfingen. Die Kocherzeitung berichtet am nächsten Tag:

„In Wasseralfingen hatte sich zur Eröffnungsfeier der Deutschen Schule, die gestern Vormittag auf dem Schulhof der Knabenschule stattfand, die Elternschaft zahlreich eingefunden. Die Schuljugend war klassenweise mit ihren Lehrern angetreten. Ein frisches Lied aus den jugendlichen Kehlen schallte über den weiten Platz, dann ergriff Rektor Kammerer das Wort, um die Bedeutung der Stunde zu würdigen. Er begrüßte insbesondere Kreisleiter Kling, Schulrat Traa,

Schwäbisch Gmünd, Ortsgruppenleiter Hertel, Bürgermeister Kopfmann, den Gemeinderat, den Ortsschulrat und die früheren und jetzigen Lehrer in Wasseralfingen.

Der Schulleiter verlas den Erlass des Kultministers über den Sinn der Feierstunde und teilte mit, dass die Neugliederung des Schulwesens in Wasseralfingen am Freitag früh vollzogen worden sei. Er erinnerte an die drei Daten: 29. März als Tag der Einigung des Deutschen Volkes, 29. April, der Tag, an dem die erste große Kundgebung zur Errichtung der Deutschen Schule stattfand und 29. Mai, der Tag, an dem das Ziel erreicht wurde. Der Schulleiter schilderte, wie in den letzten Wochen politische Leiter und Lehrer mit aller Kraft um die Einigung geworben und gekämpft haben gegen mannigfache Widerstände, die jedoch die große Idee unserer Zeit siegreich überwand.

Der Inhalt der Deutschen Volksschule ist wahrhaftig groß und edel, so führt der Schulleiter weiter aus, und dies ist der Grund, warum ihr in Wasseralfingen die Hauptgebäude zur Verfügung gestellt wurden. Wenn die Restschule in das Gebäude der früheren evangelischen Volksschule verlegt wurde, so ist damit nicht ausgedrückt, daß die Eltern, die sich noch nicht für die Deutsche Volksschule entscheiden konnten, abgestoßen würden. Sie sind im Gegenteil eingeladen, jetzt noch ihre Kinder in die Deutsche Volksschule anzumelden.

Noch am Donnerstag kamen 25 Neumeldungen und jede weitere Meldung freut die Schulleitung. Der Schulleiter begegnete auch dem Vorwurf, man habe für die Bekenntnisschule nur Lehrkräfte ausgewählt, die nicht so tüchtig seien wie die an der Deutschen Schule und versicherte, daß auch dort nur Lehrkräfte von aufopfernder Pflichterfüllung tätig seien. Er versprach die äußerste Pflichterfüllung und schloss mit dem Gelöbniß der Treue zu Führer, Volk und Vaterland. Der seitherige Schulleiter der evangelischen Konfessionsschule, Oberlehrer Kußmaul gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Wasseralfingen jetzt eine einige Deutsche Schule besitzt und betonte, daß er zu würdigen wisse, welche Vorteile jetzt den Kindern geboten seien, nachdem sie Glieder einer ausgebauten Schule geworden sind. Er hob hervor, daß man auch hier nach dem Wort gehandelt habe, Gemeinnutz vor Eigennutz und forderte die noch abseits stehenden Eltern auf, ihre Kinder in die Deutsche Volksschule zu schicken. Bezirksschulrat Traa überbrachte die Grüße des Kultministers, des Leiters der Ministerialabteilung, des Landrats und gedachte der Tage des Kampfes um die jetzt verwirklichte Deutsche Schule. Auch er gab bekannt, dass die Tore noch offen sind, dass noch in diesen Tagen Gelegenheit gegeben ist, vernünftig zu sein und, nachdem das Werk erstanden ist, die Kinder in die Deutsche

Schulrat Kammer



Volksschule zu bringen. Er schilderte, wie ein Lehrer aus Baden ihm mitgeteilt habe, daß man dort den Schulkampf in Württemberg nicht verstehen könne, nachdem in Baden alles zufrieden sei mit der Deutschen Volksschule, auch die Geistlichen.

Bezirksschulrat Traa dankte den Lehrern und Erziehern, die seit Wochen mühsam gearbeitet haben als treue Gefolgsmänner des Kultministers, er dankte weiter der Politischen Leitung, vor allen Kreisleiter Kling und Ortsgruppenleiter Hertel, ferner den Eltern und Erziehungsberechtigten und auch den Kindern. Er betonte, daß die Deutsche Volksschule ein einheitliches, geschlossenes deutsches Volk zum Ziel habe und versicherte, daß die religiöse Betreuung nach den Bekenntnissen im gleichen Umfang wie bisher erfolge. Von den Erziehern erwarte er die größte Feinfühligkeit und den besten Takt, ein kameradschaftliches Zusammenwachsen der Erzieher und den Kindern. In späterer Zeit werde man es nicht verstehen können, daß man sich so sehr gegeneinander stellte bei der Lösung einer deutschen Frage, die mit Religion und Glaubensfragen gar nichts zu tun habe. – Der begeisterte Gesang des Liedes „Ich hab mich ergeben“ bekräftigte die Ausführungen des Bezirksschulrats.

Bürgermeister Kopfmann erinnerte daran, daß Deutschland im Blutrausch des Bolschewismus untergegangen wäre, wenn nicht der Nationalsozialismus gekommen wäre. Der Bolschewismus hätte die Schulfrage nicht mit Aufklärung und Elternversammlungen gelöst, sondern mit Dynamit. Der Redner betonte, daß der Nationalsozialismus will, daß das deutsche Volk frei und glücklich lebt und sich den Platz sichert, den ihm der Herrgott zugewiesen hat. Er erinnerte an die bisherigen Leistungen des nationalsozialistischen Staates, welche die Gegner nur deshalb nicht wahr haben wollen, weil sie sonst ihre politische Unfähigkeit eingestehen müssten. Der Nationalsozialismus habe immer Recht behalten und in wenigen Jahren werde es so sein, daß keiner mehr ein Gegner der Deutschen Schule gewesen sein wolle. Bürgermeister Kopfmann schloß mit der Versicherung, der Deutschen Volksschule jede Unterstützung zu gewähren.

Zum Schluß sprach Kreisleiter Kling, der wie bei der Feier in Aalen die politische Bedeutung der Deutschen Volksschule beleuchtete und an die Elternschaft die Bitte richtete, ihre Kinder ohne Sorgen in die neue Schule zu schicken. Er beglückwünschte die Schule und sprach die Erwartung aus, daß die Jugend in Treue zum Führer jeden Tag willig mitmarschiert in die Zukunft. Nur der Führer gebe ihr eine Garantie dafür, daß sie überhaupt eine Zukunft hat. Darum soll die Jugend willig den Anordnungen der Deutschen Schule folgen und

Schulrat Traa





sich kameradschaftlich zusammenfinden im Dienste des ewigen Deutschland. Rektor Kammerer schloß die Feierstunde, die von Gesängen der Schuljugend unter Leitung von Oberlehrer Betzler umrahmt war, worauf die Jugend je zwei Bretzeln erhielt, die klassenweise entgegengenommen wurden. Der Rest des Tages war schulfrei.“

Nicht nur durch einen Straßenzug getrennt: Stephanuskirche mit Pfarrhaus sowie gegenüber Uhlandschule und Rathaus, 1933.

Chronologie der Vorgänge auf kirchlicher Seite

Wenn auch keine schriftlichen Äußerungen von Eltern vorliegen, so kann aus mehreren Bemerkungen des oben genannten Schriftguts gefolgert werden, dass in Wasseralfingen sehr deutlich mit einer Ablehnung der beabsichtigten Maßnahmen durch die überwiegend katholische und auch kirchentreue Elternschaft zu rechnen sein würde. Der Widerstand sollte nicht ausbleiben.



Pfarrer Beck

11. März 1936:

Pfarrer Bernhard Beck wendet sich nach der Versammlung der Wasseralfinger Eltern vom 9. März an das Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg und berichtet über das Abstimmungsergebnis⁵⁹:

Wasseralfingen, 11.3.1936

„Überraschend schnell sind die Befürchtungen hinsichtlich der Einführung der Simultanschule auch in Wasseralfingen leidige Wirklichkeit geworden. Auf Grund der Abstimmung der Eltern der evangelische Schulkinder am vergangenen Montag ist mit der Umwandlung der beiden hiesigen Konfessionsschulen in eine Gemeinschaftsschule ab 1.4. zu rechnen. Die kath. Volksschule umfasst hier ca. 580 Schüler in 14 Klassen, die evangelische Schule 115 Kinder in 3 Klassen. Nun wurden am Montag den 9.d.M. morgens die Eltern der evangelische Kinder auf den Abend desselben Tages aufs Rathaus geladen. Die Eltern fast sämtlicher Schüler waren erschienen. Auch die Vorstände der beiden Schulen u. auch der Gemeinderat waren geladen. Der Bürgermeister sprach über die Einführung der Gemeinschaftsschule u. begründete sie mit namhaften finanziellen Ersparnissen. Auch die im Interesse einer einheitlichen Erziehung der Jugend im Sinne des hiesigen nationalsozialistischen Staates gelegen. Bei der darauf folgenden Abstimmung stimmten die Eltern von 87 Kindern (von 115) das sind ca. 75 % für die Gemeinschaftsschule. Eine Befragung der kath. Eltern erfolgte bis jetzt nicht u. wird wohl auch nicht erfolgen. Der Erlass des Bischöflichen Ordinariats wurde tags zuvor von der Kanzel verlesen. Katholischerseits wird nichts dagegen zu machen sein. Ich bitte nötigenfalls um entsprechende Weisungen. Pfarrer B. Beck“

16. März 1936:

Pfarrer Beck richtet ein weiteres Schreiben an das Bischöfliche Ordinariat:

„Ganz vertraulich erfuhr ich, dass das Kultministerium für die geplante Einführung der Gemeinschaftsschule in Wasseralfingen, die vermutlich von der Partei ausgeht u. von ihr auch unter einem gewissen Druck betrieben wurde, nicht allzu großes Interesse zeigt. Bei der Übergabe der Akten wurde dem Bürgermeister von einem Vertreter des Kultministeriums in Stuttgart erklärt:

- 1.) „Der Kultminister werde wohl vor der Wahl etwas derartiges nicht mehr unter schreiben.“
- 2.) „Ob er (der Bürgermeister) die Garantie bieten könne, dass die kath. Eltern nachher nicht verlangen, dass an der künftigen deut-

schen Schule, (in der die kath. Kinder? 5/6 ausmachen) nur kath. Lehrer angestellt werden.“

Offenbar hält man letztere Forderung auf Grund des Konkordates für berechtigt. Vielleicht ließe sich doch noch etwas erzwingen. 2 Wege wären etwa gangbar.

- 1.) Vielleicht könnte das hochwürdigste Bischöfl. Ordinariat unter Hinweis auf das Konkordat u. die Beunruhigung unter der kath. (u. auch der evang.) Bevölkerung direkt beim Kultministerium vorstellig werden.
- 2.) eventl. könnte auch das Pfarramt mit dem Bürgermeister, der sachlichen Hinwendungen nicht ganz unzugänglich ist, über die Sache verhandeln u. dabei auch die weitgehende Missstimmung unter der Einwohnerschaft über die geplante Schul-Änderung hinweisen. Oder sollte beides versucht werden? Ich bitte um die nötigen Weisungen. Pfarrer B. Beck.“⁶⁰

24. März 1936:

Das Bischöfliche Ordinariat reagiert mit einem Fragenkatalog, von Bischof Sproll persönlich unterschrieben:

„Ehe wir im Sinne Ihres Schreibens Schritte tun können, müssen wir genau über die in Wasseralfingen vorliegenden Vorgänge unterrichtet sein. Vor allem ersuchen wir um Antwort auf folgende Fragen

- 1.) Wie lautete (wenigstens dem Inhalt nach) die Erklärung, die die Eltern unterschreiben mussten?
- 2.) Wurde an die kath. Eltern in gleicher Weise herangegangen wie an die evangelischen?
- 3.) Wurden nur die Familienhäupter der Schulkinder oder alle zur Unterschrift aufgefordert?
- 4.) Wie viele % der Familienhäupter womöglich nach der Konfession getrennt – haben die Erklärung unterschrieben?“

*Bischof
Dr. Baptista Sproll.*



30. März 1936:

Pfarrer Bernhard Beck beantwortet die Fragen wie folgt:

- 1.) Der Antrag lautete: Vereinigung der evangelischen Schule mit der katholischen. In den Ausführungen des Bürgermeisters über die Vereinigung der beiden Schulen war auch von einer künftigen „deutschen Schule“ die Rede.
- 2.) An die kath. Eltern wurde nicht herangegangen.
- 3.) Nur die Eltern der derzeitigen evangelischen Schulkinder wurden zur Unterschrift aufgefordert.
- 4.) Etwa 91% der Familienhäupter der derzeitigen evangelischen Schulkinder haben die Erklärung unterschrieben. Die Zustim-

mung zu dem Antrag auf Vereinigung mit der kath. Schule wurde vielen evangelischen Eltern dadurch etwas erleichtert, dass man dort mit dem Unterricht von 2 unständigen Lehrkräften (besonders von 1 unständigen Lehrer) sehr unzufrieden ist. Der Unterricht u. Unterrichtserfolg lässt seit Jahren sehr zu wünschen übrig.
Pfarrer B. Beck“

9. April 1936:

Das Ordinariat antwortet:

„Schon wiederholt sind wir beim Kultministerium wegen der gegenwärtigen Aktionen für die Einführung von Gemeinschaftsschulen vorstellig geworden, ohne einen Erfolg zu erzielen, so dass wir von einer weiteren Eingabe absehen möchten. Dagegen halten wir es für sehr richtig, dass vom dortigen Pfarramt alles geschieht, damit nicht auch die katholischen Eltern ihre Unterschrift für die Einführung der Gemeinschaftsschule hergeben.“

Die Antwort des Bischöflichen Ordinariats, wiederum vom Bischof persönlich unterschrieben, legt die Erfolglosigkeit von Bemühungen der Kirchenleitung dar, ermunterte aber zum Widerstand an der Basis. Damit endet der vorliegende Briefwechsel des Wasseraalfinger katholischen Pfarrers, der aufmerksam die Entwicklung der Situation beobachtete, aber gewiss weder von den Behörden noch weniger von der Partei über den Fortgang der Maßnahmen informiert wurde. Mit Gewissheit darf aber angenommen werden, dass die ablehnende Haltung der katholischen Bevölkerung gegen die Einführung der deutschen Volksschule durch Pfarrer Beck gestärkt wurde.



Das 1911 errichtete Knabenschulgebäude (Schillerschule) wurde 1937 nach dem „NS-Märtyrer“ Albert Schlageter benannt.

Kirchliche Aktivitäten im Spiegel der politischen Gegner

19. Mai 1936:

Als besonders aktiver Mitarbeiter von Pfarrer Beck erweist sich der Vikar Alois Sandel. Über sein Wirken berichtet der Bürgermeister der Ministerialabteilung für die Volksschulen in Stuttgart mit Schreiben:

„Das schlechte Ergebnis der Anmeldungen katholischerseits zur Deutschen Volksschule rührt von der maßlosen Hetze des hiesigen Vikars Sandel her. Alle ihm zu Gebote stehenden Mittel hat er eingesetzt, um die kath. Bevölkerung von der Deutschen Volksschule abzuhalten. Dieser Einfluss ist sogar so weit gegangen, dass bei einer von dem Rektor einberufenen Elternversammlung in der Kreisleiter Kling und Bezirksschulrat Traa sprechen sollten, nur etwa 10 Eltern erschienen sind, weil die Geistlichen die Parole zum Fernbleiben herausgegeben haben.“

26. Mai 1936:

Noch deutlicher und ins Detail gehend ist der Bericht des Ortsgruppenleiters Hertel an Regierungsrat Hilgruber im Kultministerium:

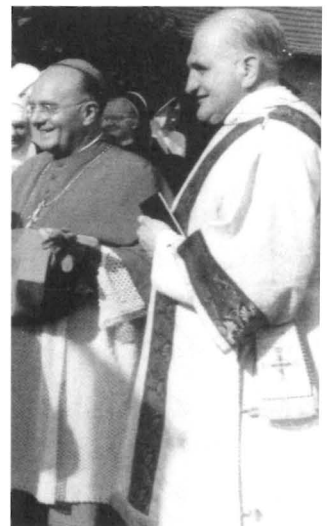
„Die mit allem Nachdruck durch politische Leiter und Lehrer nochmals durchgeführte Werbung hat gezeigt, dass überall noch ein außerordentlicher Widerstand herrscht, der seine Ursache nur in dem außerordentlichen Vorgehen des Herrn Vikar Sandel hat.

Entgegen der am Sonntag gegebenen Anregungen, wonach schon gestern um 11 Uhr die Kinder hätten nach Hause geschickt werden sollen, haben wir aus taktischen Gründen die Kinder erst um 12 Uhr nach Hause geschickt. Auf Grund unserer Beobachtungen konnten wir dann feststellen, dass schon wenige Minuten danach die ersten Boten ins Pfarrhaus geschickt wurden. Sofort setzte dann auch eine weitere Werbung durch Vikar Sandel von Haus zu Haus ein und alle politischen Leiter und Lehrer mussten dann bei ihrer Arbeit die Erfahrung machen, dass Vikar Sandel kräftig gegen unsere Absicht gearbeitet hat. Dazu kommt noch, dass Vikar Sandel am Sonntag Vormittag in der Predigt aus einer angeblichen Druckschrift einen Satz vorlas, etwa folgenden Inhalts: „Wir haben 300 Völker besiegt und werden auch die beiden Konfessionen überwinden.“

Unter den Zuhörern bestand die Auffassung, dass unter dem „wir“ die NSDAP gemeint war und aus dem Mund eines der von mir bearbeiteten Gegner der Gemeinschaftsschule habe ich gehört, dass dieser Satz für ihn die letzte Hemmung zur Anerkennung der Gemein-



Pfarrer Sandel



schaftsschule gewesen sei. Diese Beobachtung hat mich veranlasst, die Politische Polizei in Ellwangen mit der Angelegenheit zu befas- sen, die auch heute schon Erhebungen hier angestellt hat. Auch die Haltung von 2 Parteigenossen hat uns bei der Arbeit sehr geschadet. Sie haben sich in einem Kreis von etwa 80 Personen trotz wiederholter Aufforderung nicht dazu entschließen können ihre Stellung gegen die Gemeinschaftsschule aufzugeben und dieser Um- stand ist uns vielseitig entgegengehalten worden. Gegen die beiden PG haben wir beim Kreisgericht Antrag auf Ausschluss gestellt. Ich erwähne diesen Zwischenfall nur, um zu zeigen welch große Schwierigkeiten hier zu überwinden waren.“

27. Mai 1936:

Wegen der Aktivitäten von Vikar Sandel wendet sich auch Bürgermeister Kopfmann an das Kultministerium und beantragt, dem Geistlichen die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts zu entziehen.

Der Bürgermeister
der Gemeinde Wasseralfingen:

27. Mai 1936

An die
Ministerialabteilung für die
Volksschulen
s.Hd. von Herrn Regierungsrat
Hälbinger
Stuttgart.

Auf die fernmündliche Unterredung
vom heutigen Tag.
Betreff: Vikar Sandel in Wasseralfingen
Beil.: 0

Wegen der Äußerung des kath. Vi-
kars Sandel in Wasseralfingen während
des Religionsunterrichts an der kath.
Volksschule in Wasseralfingen besüß-
lich der Deutschen Schule habe ich
sofort Erhebungen anstellen lassen.
Die angestellten Erhebungen haben
ergeben, daß Vikar Sandel am 13. Mai
1936, während des Religionsunterrichts
von 1/2 12 Uhr bis 1/4 1 Uhr in der
Klasse 6 der Knabenschule zwei Schüler
als "Lumpen" bezeichnet hat, weil sie
sich zur Gemeinschaftsschule bekannt
haben und weil ihre Väter für diese
Schule stimmten. Ich habe die beiden
Schüler
Kurt Mayle, Weinbachstr. 8 und
Alois Vogt, Stewingstr.
ernstlich zur Wahrheit ermahnt, worauf
sie die dem Vikar Sandel zur Last ge-
legten Äußerungen bestätigten.
Dieser geistliche Herr hat während
unserer Aktion für die Deutsche Schule
alle ihm zur Verfügung stehenden Mit-
tel zur Gegenarbeit benützt. Ich bitte
ihn als Quittung dafür die Berechtigung
zur Erteilung des Religionsunterrichts
zu entziehen.

5090

Antrag des Bürgermeisters
Kopfmann, Pfarrer Sandel
die Befugnis für den
Religionsunterricht zu
entziehen, 27. 5. 1936.

Noch ein weiteres Jahr

Vikar Alois Sandel war wohl die Seele des aktiven Widerstands gegen die Einführung der Deutschen Volksschule in Wasseralfingen. Er wirkte dort von 1933 – 1939. Der Mann von großer Statur galt nach Aussagen von Zeitzeugen als hochintelligent, streitbar und sehr streng. Der hervorragende Prediger soll 1939 nach Ballmertshofen am östlichen Rand des Härtsfelds „strafversetzt“ worden sein. Sein Weggang aus Wasseralfingen wurde mit großer Entrüstung von der katholischen Bevölkerung zur Kenntnis genommen.

Neben Vikar Sandel unterstützte Vikar Seegmüller den Ortspfarrer Bernhard Beck bei der seelsorglichen Arbeit und im Religionsunterricht. Elf Ordensfrauen wirkten vom Schwesterhaus aus im Kindergarten, in der Krankenpflege, in der Altenpflege, mit Nähkursen und in vielen anderen sozialen Bereichen.

Für die Ablehnung, die die geplante Einführung der Deutschen Volksschule bei der Bevölkerung hervorrief, sprechen die niedrigen Anmeldezahlen eine deutliche Sprache. Die Bereitschaft zur Anmeldung war gewiss beim evangelischen Teil der Elternschaft aus Vernunftgründen größer; denn der Besuch einer voll ausgebauten Schule mit Jahrgangsklassen versprach einen reicheren Bildungsgewinn.

Vom nicht kirchlich orientierten Teil der Bevölkerung war aus weltanschaulichen Gründen kaum ein Votum für den Erhalt der Bekenntnisschulen zu erwarten. Sie bildeten wahrscheinlich den Grundstock des zustimmenden Wählerpotentials.

Dass es der Partei letztendlich doch gelang, eine Mehrheit für die Einführung der neuen Schulart zu gewinnen, dürfte, wie in Aalen und anderen Orten auch, der „mit allem Nachdruck durch politische Leiter und Lehrer nochmals durchgeführten Werbung“, wie Ortsgruppenleiter Hertel am 26. Mai 1936 der Ministerialabteilung für die Volksschulen in Stuttgart berichtet, zu verdanken seien. Dabei sind auch hier die an anderer Stelle ausführlicher geschilderten Pressionen, und Drohungen gegen die ablehnenden Eltern nicht ausgeblieben.

Beim Einsatz der Lehrer für die Deutsche Volksschule ist davon auszugehen, dass sie einen Dienstauftrag auszuführen hatten, egal ob sie innerlich die geplanten Maßnahmen begeistert mittrugen oder sogar ablehnten. Eine Verweigerung hätte unweigerlich zu disziplinarischen Maßnahmen, evtl. zur Versetzung oder gar zur Entfernung aus dem Dienst geführt.

Wenn auch Bürgermeister Kopfmann die Einwohnerschaft Wasseralfingens am 27. Mai 1936 zur „Eröffnungsfeier der Deutschen Schule“ einladen konnte, so war doch eingetreten, was seitens des Kultministeriums am 22. April 1936 befürchtet worden war: „Wenn eine katholische Konfessions-

100

Abschrift.

Der Kultminister.

Stuttgart, den 15. April 1937.

Er. 6245.

An die Ministerialabteilung für die
Volkschulen.

Reg. Akten
Nr. 1 24 26

Auf den Bericht vom 13. April 1937
Er. O. 2075.

Betreff: Aufhebung der einklassigen
kath. Bekenntnisschule in Wasser-
alfingen.

1 Beil. zurück.

Die Aufhebung der einklassigen katholischen Bekenntnis-
schule in Wasseralfingen wird genehmigt.

Mergenthaler.

Er. O. 2202.

Dem Herrn Bezirksschulrat

in Schwäbisch G m ü n d

zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Die Klassenverteilung
ist vorzulegen.

Stuttgart, den 19. April 1937.

Ministerialabteilung für die Volkschulen

O. Beil.

J. V.

Hilburger.

5000
0035

L. d. H
11.6.37
H.

schule übrig bleibt, so muss dies in Kauf genommen werden, es ist dann immer noch zu hoffen, dass die Deutsche Volksschule ihre Anziehungskraft ausübt und schließlich auch die anderen Kinder an sich zieht.“

Die Eröffnung der Deutschen Volksschule war am Freitag vor Pfingsten erfolgt. Nach den Turbulenzen des Zeitraums von Aschermittwoch bis dahin bestand im Schuljahr 1936/37 also neben der 14-klassigen Deutschen Volksschule in Wasseralfingen auch noch eine katholische Bekenntnisschule mit 3 Klassen im Gebäude der Karlschule.

Das endgültige Ende der Bekenntnisschule

Am 12. April 1937 berichtet Rektor Kammerer, die katholische Schule betreffend, dem Bürgermeisteramt:

„Nachdem für den Beginn des Schuljahrs 1937/38 die meisten Erziehungsberechtigten der Schüler der Kath. Volksschule die Anmeldung ihrer Kinder zur Deutschen Schule vollzogen hatten, wurde am 9.4.1937 die Kath. Volksschule zunächst einklassig fortgeführt mit einem Bestand von 45 Schülern (33 Erziehungsberechtigte).

Infolge weiterer Werbung der Lehrerschaft für die Deutsche Schule ist der Bestand der Einklassenschule bis heute zurückgegangen auf 31 Schüler von 24 Erziehungsberechtigten. Eine derartige Schule hat neben der 16-klassigen Deutschen Schule mit 650 Schülern keine Daseinsberechtigung mehr. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, bei der Ministerialabteilung für die Volksschulen in Stuttgart sofort den Antrag auf Aufhebung der Kath. Volksschule einzureichen.“

Daraufhin beantragte das Bürgermeisteramt Wasseralfingen noch am selben Tag beim Kultministerium in Stuttgart „die Aufhebung der katholischen Volksschule hier“. Am 15. April 1937 genehmigte der Kultminister diesen Antrag.

Damit hatte der „Schulkampf“ wie er von beiden Seiten betrachtet und bezeichnet worden war, auch in Wasseralfingen sein endgültiges Ende gefunden. Die Autorität von Partei und Staat hatte sich gegen den Widerstand gläubiger Menschen, der der Verteidigung von Werten aus Gewissensgründen galt, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt.

A. Schubert

Anmerkungen

- ¹ vgl. hierzu sowie zu folgenden:
Hermann Bauer, Geschichte und Beschreibung der ehemaligen freien Reichsstadt Aalen 18??, S. 95ff.
- ² vgl. Bernhard Hildebrand, Der Spiegel der Zeit. In: 100 Jahre katholische Pfarrgemeinde Aalen 1872-1972, S. 55.
- ³ vgl. Josef Fischer, 50 Jahre Katholische Volksschule Aalen 1880 – 1930. Sonderbeilage der Aalener Volkszeitung v. ???.930, S. 2.
- ⁴ vgl. ebda., S. 1.
- ⁵ vgl. Karlheinz Bauer, Einwohnerzahlen der Stadt Aalen. In: Aalener Jahrbuch 1982, S. 238
- ⁶ vgl. (wie Anm. 3), S. 2.
- ⁷ vgl. ebda., S. 7.
- ⁸ vgl. ebda. S. 2.
- ⁹ vgl. Beschreibung des Oberamts Aalen. Aalen 1854, S. 317.
- ¹⁰ vgl. (wie Anm. 3), S. 4.
- ¹¹ vgl. Welk, Württemberg. Geschichte im südwestdeutschen Raum. Stuttgart-Aalen 1971, S. 277.
- ¹² vgl. Ernst Lämmle, Das kulturelle Leben in Schwäb.Gmünd während der letzten 150 Jahre. In: Schwäbisch Gmünd. 800 Jahre Stadt. 1962, S. 144.
- ¹³ vgl. Helmut Christmann Helmut, 150 Jahre staatliche Lehrerbildung in Schwäbisch Gmünd. In: Zeit der Lehre – Lehre der Zeit, Schwäbisch Gmünd 1975, S. 242.
- ¹⁴ vgl. (wie Anm. 12,.) S. 145.
- ¹⁵ vgl. J.S. Conway, Nationalsozialistische Kirchenpolitik. In: Gotto/Repgen, Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus. Mainz 1980, S. 196.
- ¹⁶ vgl. Peter K. Weber, „Schulkampf“ in Württemberg: Die Entkonnfessionalisierung der Volksschule und die Zurückdrängung des Religionsunterrichts an den Beispielen Aalen und Fachsenfeld. Zulassungsarbeit Tübingen 2006, S. 7 – Ziff. 39.
- ¹⁷ vgl. Lill Rudolf, Ideologie und Kirchenpolitik des Nationalsozialismus. In: (wie Anm. 15), S. 28.
- ¹⁸ vgl. (wie Anm. 16), S. 11 – Ziff. 54.
- ¹⁹ vgl. (wie Anm. 17), S. 19 – Ziff. 100.
- ²⁰ vgl. (wie Anm. 16), S. 20 – Ziff. 102.
- ²¹ vgl. ebda., S. 20 – Ziff. 105.
- ²² vgl. ebda., S. 20 – Ziff. 106.
- ²³ vgl. ebda., S. 23 – Ziff. 111.
- ²⁴ vgl. ebda., S. 22 – Ziff. 116.
- ²⁵ vgl. ebda., S. 25 – Ziff. 133.
- ²⁶ vgl. ebda., S. 25 – Ziff. 134.
- ²⁷ vgl. ebda., S. 26 – Ziff. 135.
- ²⁸ vgl. ebda., S. 27 – Ziff. 140, 141.
- ²⁹ vgl. ebda., S. 28 – Ziff. 145.
- ³⁰ vgl. ebda., S. 32.
- ³¹ vgl. ebda., S. 33 – Ziff. 170.
- ³² vgl. ebda., S. 33 – Ziff. 175.
- ³³ vgl. ebda., S. 34 – Ziff. 176.
- ³⁴ vgl. ebda., S. 34 – Ziff. 180.
- ³⁵ vgl. ebda., S. 35 – Ziff. 182.
- ³⁶ Kirchliches Amts-Blatt für die Diözese Rottenburg v. 19. April 1932, S. 27.
- ³⁷ vgl. ebda. v. 30. März 1933, S. 129.
- ³⁸ vgl. (wie Anm. 16), S. 60.
- ³⁹ vgl. ebda., S. 61.
- ⁴⁰ Privatarhiv v. Prof. Dr. Eugen Hafner, Aalen.
- ⁴¹ vgl. ebda.
- ⁴² vgl. ebda.
- ⁴³ vgl. (wie Anm. 16), S. 63.
- ⁴⁴ DAR, Bestand: I.5, Bü 70, Bl. 4.
- ⁴⁵ vgl.(wie Anm. 36)v. 27. April 1936, S. 229f.
- ⁴⁶ vgl. Katholisches Pfarramt Aalen: Verkündbuch der Pfarrei Aalen v. 19. Mai 1935 bis 22. Okt. 1944, betr. 3. Mai 1936.
- ⁴⁷ vgl. Kath. Stadtpfarramt Aalen: Predigt- und Christenlehrverzeichnis 1928-1944, betr. 3. u. 10. Mai 1936.
- ⁴⁸ vgl. Kocher- und Nationalzeitung v. 12. Mai 1936.
- ⁴⁹ vgl. (wie Anm. 16), S. 64 - Ziff. 303.
- ⁵⁰ vgl. (wie Anm. 44), Bl. 9.
- ⁵¹ vgl. (wie Anm. 48)v. 15. Mai 1936.
- ⁵² Konrad Miller (1878-1971) war als Ingenieur beim Reichsbahnausbesserungswerk Aalen (RAW) 1945 dessen kommissarischer Leiter sowie Mitglied der Zentrums-Partei, deren stellv. Kreisvorsitzender, Gemeinderat, Kirchenstiftungsrat und Mitarbeiter der Caritas. Wegen sei ner Bartracht oft als „Bartmiller“ bezeichnet.
- ⁵³ vgl. (wie Anm. 40).
- ⁵⁴ vgl. (wie Anm. 44), Bl. 3.
- ⁵⁵ vgl. (wie Anm. 48)v.26. Mai 1936.
- ⁵⁶ vgl. (wie Anm. 1), S. 83.
- ⁵⁷ vgl. (wie Anm. 48)v. 28. Mai 1936.
- ⁵⁸ vgl. ebda, v. 30. Mai 1936.
- ⁵⁹ vgl. (wie Anm.44), Bl. 3.
- ⁶⁰ vgl. ebda., Bl. 4.